

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Montag, den 24. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Von den notleidenden Generälen.

Der neue preussische Kriegsminister scheint um die Vermehrung der Gelder der Generalität sehr besorgt zu sein. Nicht genug damit, daß er die Generale von dem sehr kostspieligen und allerdings auch höchst überflüssigen Galathea befreit und damit ihre Ausgaben vermindert hat, sucht er ihnen jetzt auch neue Einnahmen zu verschaffen.

Ehe wir dies näher darlegen können, müssen wir dem Leser etwas vom militärischen Begriff „Pferdegeld“ erzählen. Früher mußten alle Offiziere das Geld für die Pferde, die sie dienstlich benötigten, selbst aufstreifen. Die Folge war, daß die unbemittelten Offiziere in erster Linie auf die Billigkeit des Pferdes sahen, und daher sich nicht selten alte Rosinanten anschafften, denen die Zahl ihrer Jahre bedenklich auf die Knochen geschrieben war. Trotzdem mußten sie sich in Schulden stürzen, weil das Pferd dennoch einige hundert Mark kostete. Dazu gesellte sich noch die Ausrüstung des Pferdes, die ebenfalls mehrere hundert Mark verschlang. Je teurer das Pferd, um so größer waren die Schulden, die der Offizier sich aufhakte. Allerdings war es nicht nötig, daß der Offizier das Geld beim Wucherer borgte, weil für diese Fälle Fonds vorhanden waren, aber Schulden, die zurückbezahlt werden mußten, blieben es doch! Wir erinnern uns da an einen Hauptmann, der auf die Ausrüstung, daß ein unverheirateter Hauptmann in pekuniärer Hinsicht nicht schlecht daran sei, antwortete: „Auf dem Papier freilich. Mir werden aber in der Praxis wegen meines Pferdes in jedem Monat 50 Mk. abgezogen.“ Und so wie ihm erging es vielen Offizieren.

Aber auch diese Verhältnisse haben sich geändert. Es wurden Pferdegelder eingeführt, das heißt die berittenen Offiziere erhalten, abgesehen von den Generälen und Offizieren der Kavallerie und reitenden Feldartillerie, vom Staate 1500 Mk. für ein Pferd. Nach Ablauf von acht Jahren stehen ihnen wieder 1500 Mk. zu, auch wenn sie das Pferd noch besitzen und gebrauchen. Das Pferd geht dann in ihr Eigentum über. Diese Maßregel hat den Vorteil, daß die Offiziere junge, leistungsfähige Pferde kaufen, denn nur bei ihnen ist die Möglichkeit eines längeren als achtjährigen Besitzes gegeben, und außerdem wird der Offizier sich eine gute Pflege des Pferdes sehr gelegen sein lassen.

Darüber, daß die Einrichtung des Pferdegeldes bei vermögenslosen Offizieren, die keine hohen Gehälter bezogen, berechtigt war, kann kein Zweifel sein. Nun will aber der neue preussische Kriegsminister auch für die Generale Pferde gelder einführen. Und zwar nicht 1800 Mk., sondern 2400 Mark! Nach der Anschaffung des Herrn von Heeringen braucht also ein General ein viel besseres Pferd, als ein Adjutant, der querselbein sprengen muß, eine Pflücker, die einem General äußerst selten erwächst. Ein „sprengender“ General ist, sofern nicht Reitergenerale in Betracht kommen, überhaupt eine Karikatur, denn die Herren, die in den Fünzigern und anfangs der Sechziger stehen, sind im allgemeinen über das Sprengen, Segen und lange Galoppieren hinaus. Aber, Du lieber Himmel, wer kennt die Erwägungen eines königlich preussischen Kriegsministers?

Nun kommen wir zu der Frage, ob ein deutscher General wirklich so miserabel bezahlt ist, daß er sich die Pferde, die er haben muß, nicht selbst kaufen kann. Ein Brigadekommandeur (Generalmajor) bezieht 10 260 Mark Gehalt, 900 Mark Dienstzulage und Wohnungsgeldzuschuß. Dazu kommen noch Nebeneinnahmen, wie Reisegehalt, Tagegelde, Kommandozulagen. In Summa bezieht ein Brigadekommandeur ungefähr 14 000 Mk. im Jahre. Ein Divisionskommandeur (Generalleutnant) erhält 13 554 Mk. Gehalt, 4500 Mk. Dienstzulage, Wohnungsgeldzuschuß und ebenfalls Tagegelde u. c. Einem kommandierenden General stehen zu eine möblierte Dienstwohnung mit Feuerungsmaterial, 13 980 Mk. Gehalt und 18 000 Mk. Dienstzulage und Reisegebühren. Den kommandierenden Generälen wird für die möblierte Dienstwohnung 1980 Mk. vom Gehalt abgezogen, so daß sie „nur“ 12 000 Mk. Gehalt ausbezahlt erhalten. Die Dienstwohnungen sind derartig, daß sie dem Staate oft jährlich 15 000 Mk. und mehr kosten. Und Offiziere, die in dieser splendiden Weise bezahlt sind, sollen auch noch Pferdegelder bewilligt werden! Nehmen wir einen Divisionskommandeur an, der vier Jahre in dieser Stellung und drei Jahre Brigadekommandeur war. Während seiner achtjährigen Generalszeit bezog er vom Staate ungefähr 122 000 Mk. Hat er in der nämlichen Zeit 5000 Mk. für Pferde ausgegeben, so tut ihm dies gar nichts, denn es sind ihm trotzdem 117 000 Mk. geblieben, sodaß er eine durchschnittliche jährliche Reineinnahme von rund

14 600 Mk. hatte. Denken wir ferner an einen kommandierenden General, der drei Jahre Brigadekommandeur, vier Jahre Divisionskommandeur und sechs Jahre kommandierender General war. Die bare Einnahme dieses Herrn betrug in den dreizehn Jahren 302 000 Mk. Da zu brauchte er für seine Wohnung und ihre Heizung keinen Pfennig zu bezahlen. Selbst wenn ein solcher Offizier während seiner Generalszeit 10 000 Mk. für Pferde aufwendet, so ist es gewiß keine übertriebene Ausgabe. Man muß hier auch bedenken, daß das Geld für Pferdekäufe bei Offizieren selten gänzlich verloren ist, weil die Herren ihre Pferde verkaufen, ehe sie nicht mehr zu gebrauchen sind. Einige hundert Mark erhält ein General mindestens für jedes Pferd, das er veräußert.

Der pekuniäre Gewinn, den man jetzt der Generalität verschaffen will, kommt in erster Linie der Junkerschaft zugute, denn ihr fällt der größere Teil der Generalsstellen zu. Unter den Divisionskommandeuren und kommandierenden Generälen sind Offiziere bürgerlicher Abkunft in nur sehr geringer Anzahl vorhanden. So macht die Junkerschaft bei allem und jedem ihren Profit.

Aber die hohe Regierung mag es nur so weiter treiben! Zuerst verteuert sie auch den Armen das Bier, die Zündhölzer, den Tabak, sie verteuert dem Volke das elektrische Licht, und dann schant sie Leuten, die in einem Jahre 14 000, 20 000 ja 30 000 Mark einnehmen, auf Kosten des geschöpften Volkes neue Einnahmen zu. Und ein Jahr, ehe sie diesen Versuch machte, hatte die Regierung nicht Geld genug zur Aufbesserung der königlichen Löhnung der Soldaten. Ginge die Sache nicht am Volke hinaus, so könnte die Sozialdemokratie mit einem solchen Tun sehr zufrieden sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Mitgliederzahl des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Wie wir dieser Tage mitteilen, beziffert der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in dem Geschäftsbericht über seine Tätigkeit im letzten Jahre die Zahl der neu hinzugekommenen Mitglieder auf 33 492, die Gesamtzahl auf 211 000. Nun ist aber am 8. Mai 1909 zur Erinnerung an das fünfjährige Bestehen des Reichsverbandes ein Subelartikel verzapft worden, der u. a. auch in der „Post“ stand. Danach betrug die Mitgliederzahl Anfang Mai 1909 bereits 205 932 Mitglieder. Die Zunahme in den letzten acht Monaten des Jahres 1909 würde also bloß rund 5000 Mitglieder betragen! Sehr seltsam, wenn man bedenkt, daß in den vier ersten Monaten demnach über 28 000 neue Mitglieder, in der Hälfte der Zeit also beinahe sechsmal soviel gewonnen worden wären. Hat sich die Zugkraft des Reichsverbandes auf ein Zwölftel verringert? Noch seltsamer mutet aber ein Vergleich zwischen den Zahlen der Ortsgruppen an. Am 8. Mai 1909 waren es 700, jetzt — 702. Da aber 66 neue Ortsgruppen im Jahre 1909 gegründet wurden, müssen in den ersten vier Monaten dreihundertdreißigmal soviel ins Leben gerufen worden sein als in den letzten acht Monaten. Oder sind vielleicht 63 alte Ortsgruppen eingegangen? Das muß schon so sein, denn daß jede der zwei seit dem Mai 1909 hinzugekommenen gleich 2500 Mitglieder besäße, sollen wir doch nicht glauben?

Bedenken wollen wir aber, daß, auch wenn sich diese eigenartigen Zahlen einwandfrei erklären lassen sollten, die Tatsache besteht, daß, nach dem Subelartikel vom 8. Mai, 402 konservative und ähnlich gerichtete Vereine sowie 27 gelbe Arbeitervereine (diese 27 hatten allein schon 27 422 Mitglieder!) dem Reichsverband korporativ angeschlossen waren, deren Mitgliederzahl in jenen 205 932 enthalten ist! Um so komischer beruht in jenem Subelartikel der Hinweis auf die Sozialdemokratie, die es „erst“ auf 600 000 Mitglieder gebracht habe. Das war Anfang Mai 1909. Schon ein Vierteljahr darauf verzeichnete der Bericht unseres Parteivorstandes eine Gesamtmitgliederzahl von 633 309; das ist also genau die Zunahme in einem Vierteljahr, die der Reichsverband sich für ein ganzes Jahr zuschreibt.

Die Majestätsbeleidigungsprozesse.

In den letzten zehn Jahren haben sich die gerichtlich verhandelten Fälle von Majestätsbeleidigung erheblich verringert. Von über 400 im Jahre 1899 ist die Zahl, schreibt die „Neue politische Korrespondenz“, auf 120 im Jahre 1907 herabgegangen. Das Gesetz vom 17. Februar 1908 hat sodann den Erfolg gehabt, daß im Jahre 1908, wie jetzt feststeht, nur 39 Fälle zur Verurteilung ge-

langten, das beträgt noch nicht ganz eine Person auf eine Million strafmündiger Personen der Zivilbevölkerung.

Es ist nicht zu verkennen, daß das neue Gesetz, betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung vom 17. Februar 1908 eine Wendung zum Besseren bewirkt hat. Aber damit ist die „Majestätsbeleidigungsfrage“ grundsätzlich durchaus nicht entschieden. Die „Majestätsbeleidigung“ überhaupt als Staatsverbrechen muß aus dem Strafgesetzbuch verschwinden.

Ein politischer Hirtenbrief.

In seinem letzten veröffentlichten Fasten-Hirtenbrief, der an die Kölner Erzbischofs gerichtet ist, wendet sich Kardinal Fischer mit großer Schärfe gegen die sogenannten interkonfessionellen Bestrebungen. Der Kölner Erzbischof stellt sich darin rückhaltlos auf den Boden der Koeren-Bitter-Gruppe, die bekanntlich will, daß das Zentrum eine rein konfessionelle Partei sein soll. Es sei, so heißt es in dem Fastenbrief, ein überaus bedenkliches Zeichen der Zeit, daß bereits solche Kreise, die sich bisher als staats- und gesellschaftserhaltend bezeichneten, offen mit Parteien liebäugeln oder gar sich verbünden, die aus ihren Umsturzideen kein Hehl machen. Man soll sich doch davor hüten, mit den Anhängern anderer Konfessionen Religionsmeierei zu treiben. Dann fährt der Hirtenbrief fort: Leider scheinen auch einige der unsrigen sich darüber nicht so ganz klar zu sein. Geht man doch hier und da soweit, daß man möglichst schon den Namen katholisch vermeiden wissen möchte. Diese scharfen Worte sind ganz deutlich gegen die famose Berliner Erklärung über das angeblich interkonfessionelle Wesen der Zentrumsparterie gerichtet. Der Kardinal äußert sich auch zu der Frage, ob interkonfessionelle christliche Gewerkschaften oder rein katholische Arbeitervereine vorzuziehen seien. Er ermahnt zum Frieden. Man soll alle gegenseitigen Verdächtigungen und Anfeindungen ausschließen und gemeinsam arbeiten. Die Angst vor der Sozialdemokratie zwingt also den Kardinal, in der Gewerkschaftsfrage Konzessionen an die Interkonfessionalität zu machen, die er beim Zentrum dagegen aufs schärfste verdammt.

Die Wirkung der Fahrkartensteuer.

Daß der Ertrag aus dem Fahrkartensteuern nicht den Erwartungen entspricht, ist zur Genüge bekannt. Wie diese Steuer aber noch weiterhin wirkt, wie sie die Staatseinnahmen direkt vermindert und den Fortschritt des Verkehrs hemmt, zeigt der Bericht über das finanzielle Ergebnis des Betriebs der k. k. s. b. s. t. s. h. n. e. n. für das Jahr 1908. Während die Zahl der beförderten Personen von 1907 zu 1908 um 4,24 Proz. (die zurückgelegte Personenkilometerzahl sogar um 5,40 Proz.) stieg, finden wir bei der Einnahme aus dem Verkauf der Fahrkarten nur eine Zunahme von 3,13 Proz. In der Einnahme aus der I. und II. Wagenklasse zeigt sich ein starker Rückgang, in der III. Klasse eine verhältnismäßig geringe, in der IV. Klasse aber eine gewaltige Zunahme. Der Ertrag der Fahrkartensteuer ist in Sachen von 1907 zu 1908 um 31 128 Mk. zurückgegangen, weil die Steuer die Frequenz in den höheren Wagenklassen vermindert, das zahlungsfähige Publikum in die billigere III. Wagenklasse und das große Heer des reisenden Publikums in die von der Steuer befreite IV. Wagenklasse vertrieben hat.

Anstatt nun nach solchen Erfahrungen diese verkehrsfeindliche Steuer schleunigst zu beseitigen, tragen sich gewisse Finanzgenossen mit dem Gedanken, auch die IV. Wagenklasse zu besteuern!

Eine Abgabe des Bundes der Landwirte.

Das Tischbuch scheint zwischen den Bündlern und den Nationalliberalen momentan völlig zerschnitten zu sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion unter der Führung Bassermann einen starken Rücknach links gemacht hat, der es den Agrariern unmöglich mache, mit den Nationalliberalen Bassermannscher Richtung fernerhin noch zusammenzugehen. Das Blatt erklärt:

„Angesichts aller dieser Vorgänge und Verhältnisse ist es völlig ausgeschlossen, daß der Bund der Landwirte mit der Bassermannschen nationalliberalen Partei irgendwie zusammengeht. Er würde sich selbst aufgeben, seinen Grundfragen zuwiderhandeln und den Eindruck der Schwäche machen, wenn er es täte. Eine solche Zumutung muß er von vornherein und rundweg ablehnen. Der Bund der Landwirte scheidet jedoch scharf zwischen den Nationalliberalen der Bassermannschen Richtung und denen der alten nationalliberalen Richtung, wie sie verkörpert ist in den genannten Abgeordneten Freiherrn von Seyd, Lehmann und Grafen Oriola, die durchaus nicht allein stehen. Mit diesen Herren, die der jetzigen nationalliberalen Reichstagsfraktion den Rücken gekehrt haben, um außerhalb der Fraktion die Grundlage des alten Nationalliberalismus zu vertreten, und mit ihren zahlreichen Gesinnungsgenossen in vielen

Landesteilen wird der Bund auch später zusammengeführt können; sie wird er gegebenenfalls bei den Wahlen unterstützen. Den Kampf, den er notwendig führen muß und mit der erforderlichen Schärfe führen wird, gilt nur dem sogenannten Nationalliberalismus Bassermannscher Richtung.

Die Absicht ist offenbar die, einen Keil in die national-liberale Reichstagsfraktion zu treiben.

Zur Kampfe gegen den Alkohol.

Der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, den Krankenkassen die Ermächtigung zu einer ausübenden und vorbeugenden Tätigkeit hinsichtlich der Wirkungen des Alkoholmißbrauchs zu erteilen, sämtliche Versicherungsträger zu verpflichten, die Renten oder Krankengelder von Trinkern durch Verpfändung von Gegenständen des Lebensbedarfs zu ersetzen oder sie an Ehegatten oder eine andere geeignete Person zu zahlen.

Gegen eine aufklärende Wirken der Krankenkassen ist gewiß nichts einzuwenden. Aber die geforderte Verpflichtung der Versicherungsträger hat doch, so gut sie auch gemeint sein mag, ihre bedenkliche Seite; sie kann mißbraucht werden, denn der Begriff „Trinker“ ist bekanntlich ein sehr dehnbarer. Jedenfalls ist dieses Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus ein ziemlich belangloses.

Staatsgefährlicher Turnunterricht.

Dem Turnwart des Arbeiterturnvereins in Weisklein (Kreis Waldenburg) ist durch ein Schreiben des dortigen Amisvorsitzers unter Androhung einer Geldstrafe von 100 Mark oder zwei Wochen Haft für den Fall der Unüberwindlichkeit verboten worden, Turnunterricht an jugendliche Personen zu erteilen, ohne die Erlaubnis der Ortsschulbehörde verlangt zu haben. Selbstredend erhalten Arbeiterturnvereine diese Erlaubnis der Schulbehörde überhaupt nicht, am wenigsten dort, wo die Kohlenkönige regieren.

Keine Neuregelung des Schichtwechsels im Bergbau.

Kürzlich machte eine Notiz die Kunde durch die bürgerliche Presse, in der eine gezielte Regelung des Schichtwechsels im Bergbau und eine Änderung in der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter unter Tage angekündigt wurde. Wie die „Neue polit. Korresp.“ erzählt, enthält die Nachricht jeder tatsächlichen Unterlage. Die Staatsregierung denkt also nicht daran, eine Änderung der preussischen Berggesetzgebung, die doch im Interesse der Bergarbeiter nicht nur erwünscht, sondern direkt notwendig wäre, nach der Richtung hin vorzunehmen.

Gebührenerhöhung für Rechtsanwälte.

An maßgebender Stelle trägt man sich mit dem Gedanken, eine Neuregelung der Gebühren für Rechtsanwälte vorzunehmen. Die Anwaltsgebühren sollen erhöht werden, was mit einer Änderung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse begründet wird. Das Reichsjustizamt sammelt zurzeit Material; den Vorständen der Anwaltskammer ist ein entsprechendes Fragebogen bereits zugegangen.

Die Seuche zum Fokkriege in Amerika.

In völlig zielbewusster Weise hegt die agrarische Presse zum Fokkriege mit Amerika. Die „Deutsche Tageszeitung“, die ganz natürlich auch auf diesem Gebiete wieder die Führung übernommen hat, weist darauf hin:

Wir können nach § 10 unseres Zolltarifgesetzes in solchen Fällen unseren Generaltarif verdoppeln oder einen Zoll bis zur Höhe des vollen Wertes der Ware, bei an sich zollfreien Einfuhrartikeln einen solchen bis zu 50 Prozent des Wertes auferlegen. Das ist eine viel schärfere Waffe, besonders wenn, wie das Deutschland gegenüber der Fall sein würde, der Gegner vom Werte noch ungefähr doppelt soviel Waren mit Strafzöllen belegen könnte, als es Amerika zu tun in der Lage ist.

Der Unterschied dabei ist nur der, daß Deutschland beim Bezug gewisser Rohprodukte, wir nennen nur Häute und Baumwolle, auf Amerika angewiesen ist, Amerika dagegen kann die industriellen Erzeugnisse, die wir liefern, auch von andermwärts beziehen. Den Amerikanern liegt daran, daß der deutsche Markt für die Fleischimporte geöffnet wird. Das ist es, was unseren Agrariern jede Besonnenheit geraubt hat. Geht die „Deutsche Tageszeitung“ doch so weit, daß sie die Presse, die für die amerikanische Fleischimporte eintritt, als bestochen bezeichnet.

Herrn v. Schoens Tage erzählt.

Ein Berliner Telegramm der „Rhein. Westf. Ztg.“ meldet auf Grund einer Information, die von angeblich gut unterrichteter Seite kommt, daß die Tätigkeit des Herrn v. Schoen als Leiter der auswärtigen Politik als abgeschlossen betrachtet werden könne. Die Gründe für das vermutliche Scheitern des Staatssekretärs seien nicht allein in den überaus zahlreichen Angriffen zu suchen, die von der Partei gegen ihn laut wurden, wegen der Art, wie er deutsche Interessen im Auslande vertrete, sondern man neige auch der Ansicht zu, daß der neue Reichskanzler, der in manchen Beziehungen einen von Bismarcks Gesandtschaften abweichenden Kurs einschlagen wolle, dies besser tun könne, wenn ein Mann seiner Richtung Leiter des Auswärtigen Amtes sei. Über den Terrain des Wechsels verlautet noch nichts Bestimmtes; doch werde Herr von Schoen auf jeden Fall noch sein Report im Reichstag vertreten. Bekanntlich sei es schon lange der Wunsch des Staatssekretärs, Sondersatter in Paris zu werden, und aller Voraussicht nach werde diesem Wunsch auch entsprochen werden.

Der schwarz-blau-rote Block gegen die preussische Wahlrechtsreform.

Die konservativen „Post“ findet es bezeichnend, daß der konservative Redner zur Rationeller Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus zwar für die Polenpolitik der Regierung eingetreten sei, aber mit keinem Worte die gegenwärtige Stellung des Zentrums berührt habe. Auffällig ist ferner, daß die Debatte auf Anregung der Konservativen unmittelbar nach der zweiten Rede des Dr. Forch geschlossen worden sei. Daraus geht hervor, daß die ganze Angelegenheit des Koalitionsausfalls auf ihre Parteipolitik höchst zurückgewandt gewesen sei. Sie

verdenken es der Regierung, durch ihr Eingreifen Anlaß zu der Zentrumsinterpellation und zu der sich anschließenden Verhandlung gegeben zu haben. Die Rationeller Vorgänge hätten dem Redner des Zentrums auch Anlaß zu einer pathetischen Erklärung zugunsten der geheimen Stimmabgabe gegeben. Würde dem Zentrum an der Einführung des geheimen Stimmrechts tatsächlich so viel liegen, so ständen sie im starken Gegensatz zu den Konservativen. Manche Anzeichen sprechen aber dafür, daß das Zentrum zwar für die Einführung der geheimen Stimmabgabe bei der bevorstehenden Wahlreform eintreten, auf der anderen Seite aber dafür sorgen werde, daß das mit der geheimen Stimmabgabe ausgestattete Dreiklassenwahlsystem schließlich im ganzen abgelehnt wird.

Eine recht nette Geschichte

aus dem preussischen Abgeordnetenhaus berichten die „Nieler Neuesten Nachrichten“. Das Blatt schreibt:

In parlamentarischen Kreisen erzählt man sich, daß die Erklärung, die der national-liberale Abg. Schiffer bei der Besprechung der Interpellation über die Beamtenmaßregelungen in Rationeller verlas, vorher dem Reichskanzler vorgelesen habe, und daß von dem Reichskanzler eine Erklärung erwartet wurde, in welcher er die Erfüllung der von den Nationalliberalen erwünschten Garantien zusagen wolle. Eine solche Erklärung war — wie zuverlässig verlautet — auch beabsichtigt. Während der Rede des Abg. Schiffer fand jedoch ein lebhafter Verkehr zwischen dem konservativen Abg. v. Seydewitz-Lasa und dem Ministerpräsidenten statt, sodaß allgemein in Abgeordnetenkreisen die Vermutung herrscht, daß der Abg. v. Seydewitz-Lasa von dem Plan der Nationalliberalen rechtzeitig Kenntnis erhalten und den Ministerpräsidenten veranlaßt hat, die gewünschte Erklärung nicht abzugeben.

Das „Berliner Tageblatt“ hat im Abgeordnetenhaus Erkundigungen eingezoogen. Danach steht fest, daß die Erklärung dem Ministerpräsidenten vorher unterbreitet worden ist, daß aber irgendwelche Verhandlungen des Kanzlers weder mit Herrn Schiffer noch mit Herrn v. Seydewitz nicht stattgefunden haben.

Zwangsarbeitsnachweis der Fechtenbarone.

Der preussische Handelsminister Sydow, der bekanntlich aus dem Reichshofamt in das preussische Ministerium abgehoben ist, gab am Sonnabend seine erste Vorlesung im Dreiklassenparlament. Er beantwortete die Interpellation des Zentrums über den Zwangsarbeitsnachweis der Fechten im Ruhrrevier, und wenn er auch den Anschein zu erwecken bemüht war, als stehe er den wirtschaftlichen Kämpfen neutral gegenüber, so ging doch aus mancher seiner Redewendungen nur allzu deutlich hervor, daß er im Grunde seines Herzens Sachwalter der einseitigen Unternehmerinteressen ist, ja, daß er sich noch weit mehr zu den Arbeitgebern hingezogen fühlt als den vielen Fechten erkrankender Amtsvorgänger v. Wüller. Kühler Blues erklärte er, daß der Zwangsarbeitsnachweis keine Beschränkung der Freiheit der Arbeiter oder gar eine Erziehung der Verwertung ihrer Arbeitskraft bedeute; unbekümmert um die tatsächlichen Verhältnisse, stellte er die Behauptung auf, der Boden für einen paritätischen Arbeitsnachweis sei im Ruhrrevier noch nicht vorbereitet. Und wenn er auch nachdrücklich betonte, daß sich die Regierung dem Zwangsarbeitsnachweis nicht anschließen werde, so war doch der Schluß seiner Rede, wo er die Verantwortung für einen ewigen Streik der Arbeiter in die Schuhe zu schieben suchte, den Säugmaschinen aus dem Herzen gesprochen, daß sie ihm lebhaften Beifall zollten.

Der Minister fand denn auch die unbedingte Anerkennung der konservativen, freikonservativen und national-liberalen Vertreter des Grundkapitals, deren Sprecher, die Abgeordneten v. Geisler, Raue-Waldenburg und Hirsch-Effen, weiblich auf die Arbeiterorganisationen, vor allem auf den „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverband, schimpften und den paritätischen Arbeitsnachweis, für den sich die Abgg. Sylling (SPD.) und Korianty (Pole) ins Zeug legten, grundtätig bekämpften.

Die ihm gebührende Antwort wurde dem Minister erst in später Stunde durch unteren Genossen Leinert zuteil, der in groß angelegter, mit Aufmerksamkeit angehörter Rede die Verhältnisse im Ruhrrevier, die fortgesetzte Nichtachtung der Wünsche der Arbeiter durch die Unternehmer schilberte und das brutale Bergemittelungs-system der Grubenbarone einer vernichtenden Kritik unterzog. Nicht genug damit ging unter Redner auch mit dem System Sydow unerbittlich ins Gericht, indem er den schlüssigen Nachweis führte, daß das Handelsministerium heute tatsächlich nur ein Ministerium zur Wahrung der Unternehmerinteressen auf allen Gebieten ist.

Wie die Wofur durch Leinert gesehen hatte, bewies der Umstand, daß sich der Minister sofort zu einer Erwiderung erhob, in der sich seine ganze Verlegenheit widerspiegelte. Herr Sydow irrte aber, wenn er glaubt, er könne sich mit ein paar Phrasen aus der Affäre ziehen. So leichtes Kaufes kommt er nicht davon; bei der zweiten Beratung des Etats des Handelsministeriums werden wir von ihm Antwort fordern auf die Fragen, deren Beantwortung er heute aus dem Wege gegangen ist.

Weniger unzufrieden mit dem Minister ist der Vertreter der christlichen Arbeiter, Abg. Sumbach (Z.), dem vieles von dem, was Herr Sydow sagte, beherzigenwert erschien. Es fragt sich nur, ob auch seine Wähler dieser Ansicht sind; einzuweisen möchten wir es bezweifeln.

Mit einer Verlegenheitsrede des Abg. Beumer (NE.), der sich darüber geäußert hatte, daß Leinert ihm akzentmäßig eine Unwahrheit nachzuweisen in der Lage war, schloß die Besprechung, die freilich ein positives Ergebnis nicht gezeitigt hat, aber doch Tausenden von Arbeitern wieder die Augen über die Arbeiterfeindschaft der Regierung und des Sinkerparlamentes geöffnet haben dürfte.

Die Gofinütterung.

Die Bekanntgabe der unliebamen Erfahrungen, die einzelne Schweinezüchter mit der Fütterung von Gofin-Gesäen gemacht haben, und die meist dahin führte, daß die

Tiere entweder eingingen oder das Fleisch nicht zu genießen war, ist der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sehr ungelogen gekommen. Das Blatt ist daher auch sehr bemüht, die Veröffentlichungen zu entkräften, indem es Fälle anführt, wo die gemachten Erfahrungen das Gegenteil gezeigt haben. In der letzten Sonntagsnummer wird ein neuer, diesmal von privater Seite unternommener Versuch mitgeteilt, bei dem keinerlei schädliche Einwirkungen der Gofingerste auf den Tierkörper festgestellt werden konnte. Der Verein der Getreidehändler in Hamburg hatte die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt und die Fütterung und Überwachung des Versuchs dem Hamburgischen Staatsarzt Professor Dr. Peter Abertagen. Von den vier gefütterten Tieren wurde eines geschlachtet. Die Besichtigung ergab nur am Eingange des Schlundes in den Magen eine ganz schwache rötliche Färbung, über deren Bedeutung unter den Sachverständigen keine volle Übereinstimmung herrschte, die aber nach Abpflügelung des Magens mit Wasser bei vorsichtigem Abschaben der obersten Schleimhaut sofort verschwand. Alle übrigen inneren Organe des Tieres mit Einschluß des Darmes, das Fleisch und der Speck zeigten sich vollständig frei von Farbstoff. Nach den Erklärungen der anwesenden Fleischbeschauer wäre keinerlei Veranlassung gegeben gewesen, das Schwein oder einzelne seiner Teile zu beanstanden.

Wie berichtet wird, soll das Reichsjustizamt an die Behörden eine Verfügung erlassen haben, wonach Gesäe nicht mehr wie bisher mit zwei, sondern nur mit einem Prozent Gofin gefärbt verultert werden darf.

Eine schwarze Jugendorganisation.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Berliner Freie Jugendorganisation zu einem politischen Verein gestempelt und ihre Auflösung verfügt, weil sie nach seiner Ansicht die jungen Leute der sozialdemokratischen Partei zu führen will. Auch in anderen Städten des Reiches ist die Polizei in ähnlicher Weise gegen Jugendorganisationen vorgegangen. Ausgenommen von diesen Verfolgungen sind natürlich die patriotischen Jugendvereine, obwohl sie schon viel früher reif zur Auflösung waren, da, wie kürzlich in Potsdam, in ihren Versammlungen ausgesprochen politische Angelegenheiten zur Verhandlung kommen.

Die „Rheinische Volkszeitung“ macht in Nummer 57 einige Angaben aus der katholischen Jugendbewegung, von deren Existenz und Umfang bisher noch wenig der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Nicht interessant ist dabei die Mitteilung, daß die junge Garde der Schwarzen dadurch, daß man sie zur Agitation heranzieht und an der Aufrechterhaltung der Disziplin mitarbeiten läßt, geschult werden soll, um späterhin für das „konfessionslose“ Zentrum wertvolle Dienste zu leisten. Es ist dies natürlich dastelle, was der Freien Jugendorganisation zur Last gelegt wird: eine politische Vorhute zu sein. Ob auch hiergegen Polizei und Gerichte einschreiten werden?

Auf Einzelheiten aus der Bewegung teilt das Blatt noch folgendes mit: Die junge Garde, über die die deutschen Katholiken verfügen, steht fest und geschlossen da. Sie ist in rund 2000 Vereinen organisiert und wird auf eine Viertelmillion Köpfe geschätzt. Die Tätigkeit der Jugendvereine legt bei den Vierzehnjährigen nach der Schulentlassung ein und erstreckt sich bis nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres.

Daß diese konfessionellen Jugendvereine in erster Linie katholisch-religiösen Charakter haben, ist selbstverständlich. Beispielsweise zählt der Köln-Mülheimer Bezirk unter seinen 43 Vereinen mit rund 5000 Mitgliedern zwar keinen einzigen Gebetsverein, aber es finden in ihnen, die alle einen geistlichen Präses haben, Gottesdienste, Sakramentenempfang, Exerzitenbesuch, dogmatische und apologetische Belehrung eifrigste Pflege. Aber in organischem Zusammenhange mit diesen religiösen Arbeiten verfolgen sie auch weltliche Ziele, wie Gesundheit, Wehrkraft und Bildung. Sie haben Turnriege, Stenographie- und Sanitätskurse, Bibliotheken, Lezirkel, Dieltantenbühnen, Gesangsabteilungen, Besprechungen und Vorträge aus allen Gebieten des Wissens, gemeinsame Besichtigungen, Theaterbesuche usw. Auch eine Stellenvermittlung ist eingerichtet. Bei allen diesen Arbeiten müssen die Jugendlichen mitschaffen. Sie müssen auch agieren, an der Aufrechterhaltung der Disziplin mitarbeiten, für das Vereinsgutem Sorge tragen, Vereinszeitchriften verbreiten usw. Auf diese Weise werden sie auch praktisch geschult, um späterhin für das „konfessionslose“ Zentrum wertvolle Dienste zu leisten.

Der deutsche Lehrerverein gegen den Straßburger Bischof.

Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins erklärt eine Erklärung gegen den Bischof Dr. Frizen, in der er sich gegen den Vorwurf vermahrt, daß der Lehrerverein Tendenzen aufweise, die gegen die Religion gerichtet seien. Der Bischof hatte behauptet, daß die Organe des Lehrervereins eine ganze Reihe von Angriffen gegen die katholische Kirche, gegen katholische Dogmen, die katholische Hierarchie und gegen die Grundtatsache des Gottesglaubens enthielten. Im gleichen Sinne bewegten sich zahllose Kundgebungen aus den Versammlungen des Lehrervereins. Er erinnere nur an München und Dortmund. In München habe man die Forderung der religionslosen Moral für die Schule nur aus Opportunitätsrücksichten fallen lassen und in Dortmund sei Dr. Ratorp, der die Lehrer aufforderte, den Abfall des deutschen Katholizismus von Rom in die Wege zu leiten, mit Beifall überhäufet worden. Demgegenüber erklärt der Lehrerverein, daß er keine religionslose Schule haben wolle, vielmehr sei das Hauptorgan des Lehrervereins mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderung aufgetreten. Der Lehrerverein habe wohl schulpolitische Forderungen der Zentrumspartei bekämpft, niemals aber Angriffe gegen die katholische Kirche gerichtet. Auch die über die Lehrervereinigungen in München und Dortmund aufgestellten Behauptungen entsprächen durchaus nicht den Tatsachen.

Aus dem badischen Landtage.

In der Sonnabend vormittag stattgefundenen Sitzung wurde die Biersteuer mit allen gegen 19 sozialdemokratische Stimmen angenommen. Ebenso fand die sozialdemokratische Resolution auf Unterstützung der Brauereiarbeiter, welche infolge evtl. Rückganges des Bier-

konsums arbeitslos werden. Annahme. Die Regierung warnte vor Annahme des Antrages, da auch der württembergische Landtag eine Entschädigung nicht beschlossen habe.

In der gleichen Sitzung legte die Regierung einen wichtigen Gesetzesentwurf über die Abänderung der badischen Gemeinde- und Städteordnung vor. Darin werden die Rechte der Stadtverordneten- und Gemeindegremien wesentlich erweitert. Das wahlfähige Alter wird auf 25 Jahre (bisher 26 Jahre) festgelegt. Ebenso können die Bürgermeister schon mit dem 25. Lebensjahre gewählt werden. Weiter hat bei den Wahlen zum Gemeinderat in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern die Verhältniswahl einzutreten. Dasselbe gilt ebenso für die Wahl der Stadträte in den Städten der Städteordnung.

Die wichtigste Änderung ist die, daß künftig für die Stadtverordneten- und Gemeindegremien die Sechstelung, statt der bisherigen Reinstellung, eintritt. Der Entwurf sieht ferner eine Erweiterung der Initiative des Bürgermeisters und schließlich die obligatorische Einführung der Werkzwarthssteuer vor. Gleichfalls sollen die Beamten stärker als bisher zur Besteuerung herangezogen werden, und endlich ist die Beschlußfassung beim Bürgerausschuß und beim Stadtrat wesentlich vereinfacht worden.

Der bayerische Liberalismus bankrott.
Die „Augsburger Abendzeitung“, das führende Organ der Liberalen Bayerns, bespricht in Nr. 20 vom 21. Januar in einem längeren Artikel die von dem liberalen Abgeordneten Dr. Casselmann im bayerischen Landtage angeführte Frage der Schaffung eines liberalen Großblatts. Das Blatt kommt nach eingehender Abwägung der Verhältnisse zu dem Schluß: Es geht nicht! Dabei ist es sehr interessant, wie das liberale Blatt selbst den Bankrott der liberalen Partei erklärt, indem es schreibt:

„Ist der Block unter den gegebenen Umständen möglich? Der kühle und nüchterne Politiker wird mit „Nein!“ antworten müssen. Der Liberalismus ist in der Verfassung, in der er sich augenblicklich befindet — traurig, daß man das sagen muß — gar nicht bündnisfähig. Aber gesetzt den Fall, er wäre, und die liberal-sozialdemokratische Bündnisparole würde ausgegeben: wo sind die Führer, die sich die Garantie dafür zu übernehmen getrauen, daß die Parole auch von allen Parteiangehörigen respektiert würde?“

Württemberg und die Schiffsabgaben.
In der Frage der Schiffsabgaben treibt die württembergische Regierung unermüdet ein Doppelspiel. Bekanntlich hatte es der badische Staatsminister v. Dürck abgelehnt, eine Auskunft darüber zu geben, ob eine Verschärfung des Abens mit Württemberg in Sachen der Schiffsabgaben möglich sein wird und wie weit die Verhandlungen gediehen sind. Die „Württembergische Zeitung“ teilt jetzt auf Grund besserer Informationen mit, daß Württemberg auch weiterhin bestrebt ist, mit Baden zu einem Wege der Einvernahme zu gelangen. Dazu wird es nicht nur durch bundesfreundliche Rücksichten, sondern auch durch die Ermüdung bestimmt, daß das Schicksal der Schiffsabgaben im Bundesrat und Reichstag noch ungewiß ist, und daß Württemberg, falls das Schiffsabgabengleich fällt, darauf angewiesen bleibt, mit Baden über den Bau des Neckarkanals zu einer Verständigung zu gelangen. Nach Lage der Verhältnisse müssen der württembergischen Regierung die Schiffsabgaben als das am meisten geeignete Mittel erscheinen, sobald wie möglich zu einem Kanal zu gelangen. Es sei ja freilich auch jetzt kaum anzunehmen, daß Baden Württemberg die gleichen Vorteile bieten kann, die ihm der preussische Vorschlag gewährt. Sollte sich das neue Projekt aber im Falle eines Einvernehmens mit Baden nur durch sehr hohe Abgaben ermäßigen lassen, so daß die Vorteile des Einvernehmens für den Kanal illusorisch werden, dann würde dieser Weg kaum gangbar sein.

Wie aber dem „Berl. Tagbl.“ zuverlässig versichert wird, hat sich Württemberg in seinen Verhandlungen mit Preußen bereits derartig festgelegt, daß ihm eine eheliche Politik keinen Rückzug mehr gestattet.

Belgien.
Nachdem König Peter das Dekret des Kriegsministers zur Abschaffung des Prinzen Georg unterzeichnet hatte, dachte man allgemein, daß die Angelegenheit beigelegt sei. Indessen verweigert der Prinz den Gehorsam und erklärt, nicht nach Milanowatz zur Garnison einziehen zu wollen. — Der Bengel müßte König werden. Niemand kann das „Gottesgnadentum“ schlimmer diskreditieren als er.

England.
Die Wahlen in England. Die Wahlen bedeuten eine Niederlage des englischen Liberalismus. Es sind jetzt 491 Wählerstimmen bekannt. Die Konservativen zählen 217 Mandate und haben damit einen Reingewinn von 88 Mandaten erlangt. Die Liberalen verfügen nur über 180 Sitze, die Arbeiterpartei über 32, die Iren über 65. Es sind noch 173 Wahlen zu vollziehen. Heute finden davon 24 statt, von denen bisher die Konservativen vier, die Iren einen innehaben; die anderen waren liberal vertreten. Heute steht Lloyd George in dem wahlreichen Kreis Carnarvon zur Wahl. Von Mitgliedern der Arbeiterpartei wurden Freitag gewählt: D. S. Chakleton in Clitheroe und der Bergarbeiter W. Abraham in Rhondda. Die Konservativen hatten Spakleton einen ihrer traurigen Arbeiterkandidaten gegenüber gestellt, mit dem Erfolg, daß dieser, Genosse mit der gewaltigen Mehrheit von 7146 Stimmen gewählt wurde.

Wie bei den Hottentottenwahlen von 1907 in Deutschland, so hat es sich jetzt auch in England gezeigt, daß die Arbeiterklasse allein dem chauvinistischen Sturm standgehalten hat. Das erkennt auch die radikale Presse unumwunden an, die die großen Verdienste hervorhebt, die sich das industrielle Proletariat um die Freiheit erworben hat. Das führende liberale Wochenblatt „Die Nation“ schreibt heute: Die Rettung unserer Verfassung werden wir der organisierten Arbeiterklasse zu verdanken haben. In ihr liegt die Stärke der britischen Demokratie; sie steht festest gegen die Reaktion.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Lage der liberalen Regierung eine sehr prekäre geworden ist. Selbst die Unterstützung der Arbeiterpartei stützt ihr nicht die Majorität, sie ist bis jetzt wenigstens ganz auf die Hilfe der Iren angewiesen. In den wichtigsten Fragen aber, die zur Entscheidung kommen werden, sind die Iren unzuverlässig. In der Frage des Freihandels ist auf diese Partei, in der die agrarischen Interessen stark vertreten sind, durchaus nicht unbedingt zu zählen; noch weniger aber in der Budgetfrage. Haben doch die Iren, vornehmlich wegen der Erhöhung der Getränkesteuern, in der zweiten Lesung gegen das Budget gestimmt, in der dritten sich der Abstimmung enthalten. Ihre ausschlaggebende Stellung werden sie jedenfalls rückwärtslos gebrauchen, um für die irische Selbstverwaltung so viel als möglich zu erreichen. Die Abhängigkeit von den Iren aber hat noch immer die liberale Regierung in Mißkredit gebracht und den Konservativen eine günstige Wahlparole gegeben. Dazu kommt, daß die große Einbuße, die die Liberalen an Mandaten und Stimmen erlitten haben, auch moralisch stark in die Waagschale fällt und es ihnen außerordentlich schwer macht, den Kampf um das Budget und den Kampf gegen die Lords erfolgreich zu Ende zu führen.

Die neuesten Meldungen befragen: London, den 23. Januar. Nach den bis Mitternacht vorliegenden Wahlergebnissen sind gewählt: 217 Unionisten, 184 Liberale, 33 Vertreter der Arbeiterpartei und 67 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 101, die Liberalen 13 Sitze, die Arbeiterpartei einen.

Vereinigte Staaten.
Der amerikanische Fleischboykott. Die Bewegung gegen die künstliche Fleischsteigerung macht jetzt auch in den Oststaaten rasende Fortschritte. In den Städten, in denen die Boykottorganisation festen Fuß gefaßt hat, sind nun auch New York, Brooklyn und Boston getreten. Wenn nun ein Teil der Arbeiterklasse New Yorks die Parole der Enthaltung von Fleischnahrung eine Zeitlang befolgt, ist ein Millionen Dollars betragender Schaden unabwendbar. Der Fleischruß wird daher rasch zum Nachgeben gezwungen werden können. Die Behörden beschleunigen infolge des Boykotts das seit längerem angekündigte gerichtliche Vorgehen gegen den Trust. Das Justizdepartement hat heute verkündet, daß demnächst vor der Großjury in Chicago die einschneidenden Schritte zur glücklichen Verfolgung des Fleischruß wegen ihrer gefehrvolligen Praktiken gelehrt werden. Man bezweifelt aber mit Recht, daß die Befriedigung über die Haltung der Bundesbehörden der Boykottbewegung unter der erbitterten Bevölkerung Eingang finden werde, solange nicht die Fleischpreise sinken.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Montag, den 24. Januar.
302 759,66 Mark Fehlbetrag. Mit einem Fehlbetrag von 302 759,66 Mk. schließt nach dem Abschluß der Abrechnung der Stadtkasse der freien Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1908 ab, die selbsterweise bisher nicht einmal den Bürgerschaftsmitgliedern zugegangen ist. Der Fehlbetrag war ein Fehlbetrag von 230 829,21 Mk. Dieser Betrag erhöhte sich durch nachträgliche Bewilligungen um 50 000 Mk. auf 280 829,21 Mk. Die Ausgaben waren zum 31. Dezember 1908 2 218 200,82 Mk. geblieben und die Einnahmen zu 8 907 971,61 Mk. angenommen worden. Es haben jedoch die Ausgaben tatsächlich 9 378 026,54 Mk. und die Einnahmen 8 875 266,88 Mk. betragen, so daß sich oben erwähnter Fehlbetrag ergibt. Zu seiner Deckung sind 280 829,21 Mk. aus der Kassenkasse und 241 930,45 Mk. aus dem Kapitalfonds des Staates entnommen worden. Die Zinsen des für den Erwerb der Marien-Strassenbahn verausgabten Kapitals von 465 043,74 Mk. berechnet für die Zeit vom 1. Mai 1908 bis zum 31. März 1909 mit 17 651,60 Mk. haben in der Abrechnung für das Rechnungsjahr 1908 nicht mehr aufgenommen werden können. Dem Kapitalfonds des Staates und der genannte Fehlbetrag, dem er einzuwerfen entnommen ist, im Rechnungsjahre 1909 wieder zugeführt werden. Die Kassenrechnung für das Jahr 1908 stellt sich wie folgt: Einnahmen: Kassenbestand laut vorjähriger Abrechnung 680 407,25 Mk., bare Einnahmen aus dem Rechnungsjahr 9 398 496,25 Mk., Einnahme-Rückstände früherer Jahre 15 665,71 Mk., für Volksschulbauten 100 000 Mk., außerordentliche Einnahmen der Stadtkasse 4 868 736,51 Mk., insgesamt 15 028 306,12 Mk. Ausgaben: Bare Ausgaben im Rechnungsjahr 9 199 037,51 Mk., Ausgaben-Rückstände früherer Jahre 221 225,41 Mk., für Volksschulbauten 252 141,95 Mk., außerordentliche Ausgaben 4 898 726,51 Mk., aus der Kassenkasse der Überschuss aus Rückständen früherer Jahre 25 350,04 Mk. und Kassenbestand beim Abschluß des Rechnungsjahres 468 821,70 Mk.; Endsumme wie unter Einnahmen. Die Bilanz für 1908 schließt mit 1 491 519,23 Mk. ab.

Ein neu entdeckter Komet. Unter den in der letzten Zeit neu entdeckten Kometen ist einer besonders interessant. Er ist, wie wir bereits meldeten, Donnerstagabend in Wilhelmshaven beobachtet worden. Am 17. d. M. hat man ihn in Johannesburg in Südafrika zum ersten Male beobachtet. Seine ungewöhnliche Helligkeit machte es möglich, ihn bei hellem Tage zu sehen, obwohl er ganz nahe bei der Sonne stand und in ihren Strahlen hätte verschwinden müssen, wenn er nicht eine so bedeutende Helligkeit besäße. Die von der Auffindung des neu entdeckten Kometen verständigte astronomische Zentralstelle in Kiel machte telegraphisch allen anderen Sternwarten davon Mitteilung und es gelang in der Tat, den Kometen auch an der Wiener Universitätssternwarte zu beobachten. Er fand ziemlich frühlich von der Sonne, aber nur ganz wenig östlich. In den nächsten Tagen wird er bei uns nach Sonnenuntergang, später wohl noch am Morgenhimmel sichtbar sein. Er mag von manchen Seiten, die ihn zu sehen begehren, mit dem Hellenkometen verwechselt werden, der indes jetzt noch nicht eine solche Helligkeit hat, daß man ihn ohne Fernglas sehen kann. Der neu entdeckte Komet erhielt nach seiner Bestimmung. Auch seine Bahnbestimmung wird erst erfolgen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er nicht lange zu sehen sein und sehr bald seine große Helligkeit emhären. Der neue Komet wurde, wie das „Freundblatt“ mitteilt, um 5 1/4 Uhr zwischen Volkentücken an der Hamburger Sternwarte gesehen. Er hat einen scheinbar runden Kern erster Größe und einen nach oben breiten Schweif. Gestern, Sonntag, abends zwischen halb 6 und 7 Uhr konnte man auch hier in Lübeck den Kometen, der in westlicher Richtung am klaren Firmament stand, mit bloßem Auge deutlich beobachten. Auch in Hamburg, Berlin und vielen anderen Orten war dies der Fall.

Unfallkatastrophe. Am Sonnabend nachmittag zwischen 1 1/2 und 2 Uhr ereignete sich ein schwerer Unfallkatastrophe in einem hiesigen Geschäftshaus. Die Putzmacherin S. K. fiel auf der Treppe so unglücklich, daß sie am Hinterkopf eine schwere Verletzung davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde sie im bewußtlosen Zustande mittels einer Droschke nach ihrer elterlichen Wohnung befördert.

Holzverkauf. Am Mittwoch, dem 26. Januar er., von nachmittags 2 Uhr ab, sollen bei dem Gastwirt H. Scherbau in Blankensee aus den Forstorten: Tannenloppel, Heuberg, Bieruthen und Haurade öffentlich meistbietend verkauft werden: 16 St. Fichten-Stämme mit 241 im. 408 Stück Fichten-Rüstungen, Fichten-Bindbäume, Fichten-Spalatlatten, Fichten-Leiterbäume, 634 Stück Fichten-Baumstäbe und -Beckenstangen, 18 Stück Klefern-Stangen 10 m lg., 48 m Klefern-Rüstpel, 27 m Birken-Anspel, 68 m Buchen-Kluff und -Anspel, 17 Haufen Eichen-Stangenbühl, 68 Haufen Eichen, Buchen- und Nadelholz-Bühl, 20 Haufen Birkenbühl, 100 St. Eichen-Drahtpfähle, 2 m lg. Spezielle Verzeichnisse liegen vom Sonnabend, dem 22. d. M., im Verkaufsbüro, beim Holzvogt Hölting in Wulfsdorf und auf der Stadtkasse in Lübeck aus. Zahlungen werden nach dem Verkauf entgegengenommen.

h. Haustheater. „Das Manöver“, ein toller Schwanz von Max Keal, sprudelte, wenn man so sagen darf, am Sonnabend abend erstmalig über die Bühne des Haustheaters. Ein unschuldig, während eines Wanders gezeugtes Wickelkindchen, trägt die Schuld an den kompliziertesten Verwicklungen und den heftigsten Situationen. Doch kommt schließlich alles zu einem guten Ende. Die Wiedergabe des übermütigen Schwantes durch das Ensemble des Lübecker Theaters war eine vorzügliche. Die Damen Tharau, als Mutter des Wanderverkündes, Wilke, Körner, Alberti und Sanders, boten vorzügliche Leistungen. Ihnen würdig zur Seite standen die Herren Hollmann, Oltbert, Senius, Steidl und Wilhelm. Auch die übrigen Damen und Herren des Ensembles waren durchweg am rechten Platze. Die Regie des Herrn Senius hatte für ein flottes Zusammenpiel gesorgt, wenn auch teilweise noch eine gewisse Unsicherheit herrschte. Über den Inhalt des Stückes wollen wir nichts weiter verraten, wir können aber denen, die sich für ein paar Stunden die Billen verschonen und einmal von Herzen lachen wollen, den Besuch des Haustheaters nur empfehlen. Auf seine Kosten wird dabei jeder kommen, zumal zum Schluß noch ein farbenprächtiges Ballett zur Aufführung gelangt. Das Publikum nahm die Darstellungen der Künstler mit lebhaftem und wohlverdientem Beifall entgegen.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde am Sonnabend der bejahrte hiesige Einwohner Hagen zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, dauerte mehrere Stunden.

pb. Vogelschwinder. Festgenommen wurde ein Vogelschwinder in der Person eines Matrosen aus Stolz i. W., der in der Uniform eines Steuermanns und unter dem Vorwande, er wolle hier die Seemannsschule besuchen, sich an mehreren Stellen ein Logis mietete, ohne im Besitze von Geldmitteln zu sein. Nachdem er sich von seinen Vogelsgebern unter Angabe unwahrer Tatsachen noch Geld bis zu 20 Mk. geliehen hatte, verließ er sein Logis, um nicht zurück zu kehren. Er dürfte mit dem in Hamburg in gleicher Weise aufgetretenen Schwinder identisch sein.

pb. Diebstahl. Vom Hufe des Hauses Mengstraße 4 ist ein Kofschneidebeil für Gasstiller „Monter“ abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Festgenommen. wurde der Dieb, der in einem hiesigen Blumenreich ein Einbruch verübte, in der Person eines Seemanns aus Neustadt. Von den gestohlenen Sachen wurde noch ein Brillantring bei ihm gefunden.

pb. Fahrrad Diebstahl. Vom Hofe des Hauses Breitenstraße 24 ist ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse und der vom Postamt gelieferten Erkennungsnummer 6329 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad hatte keine Schutzbleche. Die Luftreifen waren leer.

pb. Entwendete Sammelbüchse. In einem Restaurant in der Breitenstraße wurde die Sammelbüchse für die Waiderschule Westor, die frei auf dem Tische stand, gestohlen. Der Dieb wurde kurz nach der Tat, als er auf der Straße die Büchse erbrach, um sich deren Inhalt anzueignen, ermittelte und festgenommen. Es ist ein hiesiger Arbeiter.

pb. Paletomarder. Aus der Kellnerkammer eines Restaurants in der Breitenstraße ist ein gelber Regenpalto mit dunkelgrauen Hornknöpfen gestohlen worden. — In einem Tanzlokal in Stralsdorf ist am Sonntag abend ein hellgrüner Winterpalto mit dem Monogramm „F. S.“ und der Firma Harbs-Rageburg abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Paletomarder war mit seidener Spitze versehen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag geht die mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel-Revue „Die Liebe wach!“ von Gailavet und de Hertz nochmals in Szene. — Für Mittwoch ist Leßings klassisches Lustspiel „Minna von Barnhelm“ bei ermäßigtem Mittwoch-Preisen angelegt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Es wird hiermit nochmals ganz besonders auf das einmalige Gastspiel der Tournee „Die ersten Menschen“, erotisches Mysterium von Otto Borngröber hingewiesen, welches am Freitag, dem 25. Januar, stattfindet. Die Mitwirkenden sind erstklassige Bühnenkünstler, deren Namen einen guten Klang in der Theaterwelt haben.

Haustheater. Man schreibt uns: Die Direktion hat kontraktlich verpflichtet, „Das Manöver“ aufzuführen. Nachdem diese Bedingung erfüllt ist, finden ab Dienstag, dem 25. Januar die weiteren Aufführungen von „Donnerwetter, tabellos“ statt. Noch niemals hat ein Ausstattungsstück in Lübeck eine solche Zugkraft ausgeübt, wie „Donnerwetter, tabellos“, wurde nicht einmal annähernd von der vorläufigen Jahren hier gebrachten Ballettpantomime „Die Wunderspiele“ annähernd erreicht. Also die Lösung wird ab Dienstag wieder „Donnerwetter, tabellos“ im Haustheater sein.

Hamburg. Eine tiefige Feuerbrunst brach am Sonnabend abend kurz nach 8 1/2 Uhr in dem massiven, neuerbauten, fünfstöckigen Speicher der Firma C. Lopez u. Co. (Koffen ein groß), Dampferstraße 103, aus. Als man das Feuer bemerkte, hatte dasselbe bereits so bedeutende Dimensionen angenommen, daß die Feuerwehr sofort die Rettung „Großfeuer“ erhielt, worauf gleich mehrere Feuerwehrlöcher zur Brandstelle eilten. Beim Eintreffen dieser Löcher erkannten die ebenfalls zum Brandplatz requirierten Offiziere der Feuerwehr, daß man es mit einem Feuer ähnlich dem Brande auf dem Grasbrook zu tun hatte, so daß weitere Rüge alarmiert wurden. Trotzdem man sämtliche zur Verfügung stehende Rohre in Benutzung nahm, war es nicht möglich, den Flammen Einhalt zu gebieten, da die Mannschaften den eigentlichen Brandherd nicht erreichen konnten. Eine Explosionsgefahr bestand insofern, als in einem benachbarten Gebäude größere Mengen Munition lagerten. Auch das im Hintergebäude etablierte Lager der Norddeutschen Eisenwerke von Schmidt u. Co. bildete mit seinem vielen

Feuergefährlichen Material eine ständige Gefahr. Trotzdem gelang einem Teil dieser gefährlichen Waren aus dem brennenden Bereich zu schaffen, fand das Feuer von Minute zu Minute eine größere Ausdehnung. Als der Hinterweicher ebenfalls von den Flammen ergriffen worden war, ließ man sämtliche gefährdeten Wohnhäuser räumen. Wie notwendig diese Vorichtsmaßregel gewesen war, ergab sich alsbald, denn das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit immer weiter um sich und zündete schließlich auch zwei nach dem Kanal zu liegende Wohnhäuser an. Gegen 11 Uhr brachen die obersten Stockwerke des Vorderweichers zusammen und wenige Minuten später schlug die Vorderfront des oberen Speichers mit einem donnerähnlichen Knall auf den Dachstuhl der Danielstraße, wo die Feuerwehrmänner Mann neben Mann in glühender Hitze die Wasserstrahlen gegen das Flammenmeer richteten. Gleich nach dem Abbruch der Oberfront schossen die Flammen einer Feuerzunge gleich zum Himmel und die in der Hitze verkohlenen Haken flogen durch die Luft, um gleich einem Schichtenregen über die ganze Stadt hereinbeizufallen. Personen sind, soweit bisher ermittelt werden konnte, nicht zu Schaden gekommen, nur eine Frau, die durch Krankheit aus Bett gefesselt war, wurde mit erheblichen Wunden ins Freie getragen. Es scheint als ob mehrere Pferde in den Flammen umgekommen sind, doch läßt sich hierüber noch nichts Bestimmtes sagen. Wie groß die vom Brandplatz ausströmende Hitze war, konnte man daran erkennen, daß die aus dem Bereich des Brandes geretteten Waren, die am Stadtdamm aufgestapelt lagerten, in Brand gerieten. Geschädigt sind u. a. die Firmen Lopy und Compagnie (Korken), Schmidt und Compagnie (Öl), das Generalcomulat von Honduras, W. Pratzke (Schlachtenabfälle) und die Expeditionsfirma Otto Schulze. Von den vier Feuersbrünsten, die in diesen zwei Jahren in der Danielstraße zum Ausbruch kamen, ist die der letzten Nacht die weitest bedeutendste. Nur sind die beiden zwischen der Danielstraße und dem Kanalkanal hinter einander liegenden umfangreichen, sechsstöckigen, massiven, neuen Speicher und einige kleinere alte Häuser zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt wohl mehr als zwei Millionen Mk. Im Augenblick läßt sich der Gesamtverlust noch garnicht übersehen.

Kiel. Weitere Folgen des Kleiner Werftprozesses. Gegen zwei Hauptbeteiligte in dem Kleiner Werftprozess, Kaufmann Frantenthal und Magazindirektor a. F. Heinrich, ist jetzt ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Auch für einige Zeugen wird der Prozeß nach ein gerichtliches Nachspiel haben. Gegen sie soll ein Verfahren wegen Meineids anhängig gemacht werden.

Kiel. Unter der Aufsicht der Militärjustiz. Am 27. Dezember 1909 wurde dem wegen Aufwieglung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilten Matrosen Sch. (der im Harenhause den Ausgang seiner Revision abwartet) im Zimmer des stellvertretenden Anklägers ein Brief von seiner Mutter übergeben. Sch. las den Brief, in dem ihm die Mutter ihren Unwillen über seine schlechte Führung zu erkennen gab. Sch., der schon vorher geäußert hatte, daß er sich das Leben nehmen wolle, wenn seine Revision verworfen werden sollte, geriet über das Schreiben der Mutter in hochgradige Erregung. Er warf den Brief auf den Fußboden und verfuhrte auf dem Rückweg nach der Zelle, dem ihn begleitenden Posten das Seitengewehr zu entreißen und sich damit zu durchbohren. Der Versuch mißlang, ebenso ein zweiter Versuch. Da der Posten Mitleid hatte, Sch. abzuwehren, wurde ein Schreiber zur Unterstützung beordert werden. Als es endlich gelungen war, den Aufgeregten in die Arrestzelle zu bringen, stürzte er sich auf den am Gitter auf-

gestellten Posten und versuchte, diesem das Seitengewehr zu entreißen; doch wurde er überwältigt und in seine Zelle gebracht. Am Donnerstag hatte er sich nun wegen Widerlegung in zwei Fällen zu verantworten. Das Kriegsgericht berücksichtigte die Erregung des Angeklagten und erkannte auf die Mindeststrafe von 6 Monaten 1 Tag Gefängnis. Wenn das so fort geht, kommt der arme Teufel überhaupt nicht mehr frei; denn er wird dann das Gefängnis mit dem Harenhause vertauschen. Alles von Rechts wegen.

Müssen bei Schwarzenbeck. Beim Überschreiten der Glaise wurde Freitag mittag vom Hamburg-Verliner D-Zug ein 12-jähriger Knabe namens Emil Nürnberg überfahren. Die glücklich verkrüppelte Leiche wurde in die Leichenhalle geschafft. Vermutlich liegt Selbstmord vor. Die Mutter des Knaben war am Vormittag dem Amtsgericht in Schwarzenbeck wegen Diebstahls zugeführt worden.

Waren. Tödlicher Unglücksfall. Auf der Straße in der Nähe von Bollrathstraße hat Sonnabend früh gegen 4 Uhr der etwa 40jährige Wahnmeister Müller von hier den Tod gefunden. Müller hat das Heranfahren des Schnellzuges nicht bemerkt, als er sich auf seinem Rad auf der Inspektionstraße befand, konnte auch im letzten Augenblick das Rad nicht mehr auf das Nebengleise wenden. Es erfolgte ein Zusammenprall.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Inhaltbare Zustände

herrschen noch immer am Hafen, wie folgende Zeilen bezeugen: Am Schuppen 23 lag am 13. und 14. d. Mts. der Dampfer „Kugland“, welcher für die Kunstwähe und für Brüggen u. Sohn Getreide inne hatte. Die hierbei beschäftigten Hafensarbeiter (Kornträger) hatten ihre Körbe während der Arbeit an den Schuppen gehängt. Das Getreide mußte durch den Schuppen getragen werden. Ein heftiger Regen durchnässte die Körbe, weshalb sich die Arbeiter gezwungen sahen, ihre Körbe in den Schuppen zu legen und zwar auf einen dort lagernden Posten Olluchen. Weiter war nichts im Schuppen. Zufälligerweise kam der Herr Kassinspektor des Weges und veranlaßte den Güterschreiber, daß die Körbe aus den Schuppen entfernt wurden. Am nächsten Morgen regnete es in Strömen. Um nun ihr Frühstücksbrot und ihre Körbe vor dem Durchweichen zu bewahren, legten sie dieselben wiederum in den Schuppen, trotz des Verbots und weil ihnen kein anderer Platz zur Verfügung stand. Jetzt kam der Herr Bezirksvorsteher Bendfeldt, der ohne weiteres die Körbe persönlich aus den Schuppen warf. Ein derartiges Verhalten hat den größten Unwillen unter den beteiligten Hafensarbeitern erregt. Leute, die mit Schmirn und Paletot versehen ihres Amtes walten, können sich wohl nicht in die Lage eines Arbeiters hineinsetzen, der während der Arbeit durchnässt, wenigstens auf dem Nachhauseweg einen trockenen Rock auf dem Leibe haben will. Oder denken die Herren, daß, wenn die betr. Arbeiter rot angehaucht wären, vielleicht das Vieh, deren Nahrung aus dem betr. Olluchen besteht (worauf die Körbe lagerten), ebenfalls rot angehaucht würde?

Wäre es „Gott-Gewillt“ gewesen, läge die Gefahr näher. Unter allen Umständen werden die Hafensarbeiter mit allen Kräften versuchen, bessere Zustände zu schaffen, bis ihnen endlich einmal eine Fassung, der sie ihre Beschwerden vorbringen können, nämlich den beantragten Hafensinspektor gewähren.

Spielplan der vereinigten Stadttheater vom 25. bis 30. Januar.

Neues Stadttheater. Dienstag, 25. Januar: „Die Liebe wacht“, Lustspiel von Caillavet und de Fiers. Mittwoch, 26. Januar: „Minna von Barnhelm“, Lustspiel von Lessing. Donnerstag, 27. Januar: „Carmen“, Große Oper von Bizet. Freitag, 28. Januar: „Die Fledermaus“, Operette von Joh. Strauß. Sonnabend, 29. Januar: Zum ersten Male! Neu: „Der Auberger“, Schauspiel von Paul Lindau. Sonntag, 30. Januar, nachm. 3 Uhr: „Im weißen Rösch“. Hierauf: „Als ich wieder kam“, Lustspiele von Blumenthal und Kadelburg. Abends 7 1/2 Uhr: „Carmen“, Große Oper von G. Bizet.

Stadthallen-Theater: Freitag, 28. Januar: Einmaliges Gesamt-Gastspiel der Tournee: Zum ersten Male. „Die ersten Menschen“, Ein erotisches Mysterium von Otto Borngräber.

Literarisches.

Sozialistische Blindenliteratur. Soeben ist erschienen: „Die Neue Zeit“. Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge. Die Nr. 2 hat folgenden Inhalt: Blindenbewegung und Politik. Von Nomo. Der wissenschaftliche Sozialismus. Von P. R. Wie ich meinen besten Freund verlor. Von Martin Jäger. — Bücheranzeigen. — Notizen. Der jährliche Abonnementspreis beträgt bei vicemaligem Erscheinen 2,40 Mk. für Deutschland und Österreich-Ungarn, für die übrigen Staaten 3 Mk. Bestellungen und Anfragen sind zu richten an H. Wendt, Berlin N. 39, Sprengelstraße 1. Von dort können ebenfalls noch in Brailleschem Druck hergestellte Propagandaflugblätter bezogen werden. Unser Blatt hat in der kurzen Zeit seines Bestehens in allen Kreisen der Blinden eine so große Verbreitung gefunden, wie sie von den Herausgebern nicht annähernd erwartet wurde. Diese Tatsache, sowie der Umstand, daß der Redaktion zahlreiche zukunftsreiche, ja zum Teil begeisterte Zuschriften von Blinden aus allen Teilen Deutschlands und Österreichs zugehen, beweisen zur Genüge, daß eine sozialistische Zeitschrift für Blinde ein Bedürfnis und eine Notwendigkeit war. Um aber die sozialistische Propaganda unter den Blinden noch planmäßiger und wirksamer gestalten zu können, ist es dringend nötig, daß die Parteigenossen uns in unserer Aufklärungsarbeit unterstützen, indem sie alle ihnen bekannten Blinden auf die neue Zeitschrift aufmerksam machen, und dadurch nach Möglichkeit zur Vergrößerung unseres Leserkreises beitragen helfen.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 30 Bfg. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München. Soeben ist die 2. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt: Anarchisten, Antisemitismus, Arbeiter, ausländische Arbeiterpresse, Verein Arbeiterklub, Arbeitersekretariate, Arbeiterversicherung, Arbeitskammern, Arbeiterkammern, Arbeitslosenversicherung, Archiv der Partei, Ärzte und Krankenkassen, Auswanderungswesen, Ausweisungspolitik, Baden. Die Anordnung und Behandlung der einzelnen Fragen ist durchaus lobenswert und wird das Werk nach Abschluß eine Lücke in der Parteiliteratur ausfüllen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigl. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonntag mittag entläßt man ruhig nach langem schweren Leiden in seinem 16. Lebensjahre unser lieber Sohn und Bruder August Hiemenz. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwister A. Hiemenz und Frau geb. Warne nebst Kindern. Beerdigung Mittwoch 2 1/2 Uhr von der Kapelle Vorwerk.

Offenl. Stellenvermittlung Parade 1, P. 115 sucht Köchinnen, Jungfer, Füllmädchen, best. Mädchen die Kochen, Haus- und Küchenmädchen für Güter.

Mehr. eleg. Damen-Anzüge billig zu vermieten. Hüßstraße 60, II.

ff. gelbe Kartoffeln, a Cad. Markt 2.50; allerfeinste Magana bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln empfiehlt billigst frei Haus. — Wiederverkauf Vorzugseise.

C. Heese, Jacobsen Nachf. Meierstr. 26. T. 1440

Uhren u. Goldwaren Trauringe 33 u. 35 gest. anerkannt billig bei Erast Gentzen, Uhrm., Königsr. 62, b. d. Hühner. Geberrote Kabahtmarken

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.45 Mk.

Hasenfelle Samt, Parde, Fuchs und Zitis, sowie Pferdehaare laßt zu den höchsten Preisen. J. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

Allen Lesern des Lübecker Volksboten empfehlen wir das humoristisch-satyrische Halbmonatsblatt

Der wahre Jacob

Der wahre Jacob beleuchtet durch guten Humor in Wort und Bild die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge und ist deshalb ein stets gern gelesenes Blatt in jeder Familie. Der wahre Jacob kostet bei 14 tägiger freier Zustellung pro Nummer 10 Pfennige und nehmen unsere Kolporteurs und Zeitungsausträger Bestellungen entgegen, ebenfalls die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Comp.

Johannisstraße 46.

Probenummern werden gern abgegeben

Guterh. Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen. Kottwitzerstraße 56, part.

Jugend-Liederbuch



Preis: kartoniert 20 Pfennig gebunden 30 Pfennig. Zu beziehen durch:

Central-Biograph

21 Mühlenstraße 21.

Das neue hervorragende Programm ist für jedermann sehenswert. Soeben noch dazu eingetroffen ein spannendes Drama. Von 2—4 Uhr Kindervorstellung dann bis 12 Uhr.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Hüßstraße 14

Hansa Theater

Agent und Dir. Fritz Ritzschers Ww. Ab Dienstag, 25. Januar 8 1/2 Uhr. Auf vielseitiges Verlangen Wiederholung des Sensations-Ereignisses Donnerwetter tadellos. Gr. hum. Ausstattung. Revue in 8 Bildern mit Gesang u. Balletts von Julius Freund, Musik von Paul Lincke. Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Freitag, 28. Januar. 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male. Neu! Einmaliges Gastspiel der Tournee „Die ersten Menschen“. Ein erotisches Mysterium von Otto Borngräber. Mitwirkende: Clara Rahitow, F. S. Hofschaulpielerin, Alexand. Rottmann, Karl Bant. Gastspiel, Bernhard Aldor vom Schillertheater, Berlin, Bernhard Wenckhaus vom Stadttheater Königsberg. Erhöhte Preise. Dutzendkarten ungenüßig. Der Vorverkauf für dieses Gastspiel beginnt am Montag, 24. Januar, in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und R o s h, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 25. Januar: Die Liebe wacht. Lustspiel von Caillavet u. de Fiers. Mittwoch: Zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. bei festlich erleuchtetem Hause: Minna v. Barnhelm. Lustspiel von Lessing.

Die Erbschaftsteuer.

Im Sommer 1908 legte der Senat von Lübeck dem Bürgerausschusse des Freistaates einen von der Steuerbehörde ausgearbeiteten Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes vor, der gegen die Konsumvereine drei U n s a h m e b e t i m m u n g e n enthielt und für sie eine doppelte Besteuerung nach dem Warenumsatz vor sah.

1. Während die geplante Gewerbesteuer grundsätzlich nur den wirklichen, auf Gewinnerzielung gerichteten Gewerbebetriebe zugehört war, sollte sie den Konsumvereinen auferlegt sein, trotzdem sie nicht Gewinn an anderen, sondern Ersparnisse für ihre Mitglieder erzielen und deshalb nach dem übereinstimmenden Ergebnis von Wissenschaft und Rechtsprechung überhaupt keine Gewerbebetriebe sind.

2. Mit dieser Verkalkung Konsumgenossenschaftlichen Wesens nicht genug, sollten die Konsumvereine als „Gewerbesteuer“ ungleich viel mehr zahlen als die wirklichen Gewerbebetriebe. Während die Steuer bei diesen 1 1/2 Prozent des tatsächlichen Reinertrages ausmachen sollte, war sie für die Konsumvereine und ebenso auch für die Genossenschaften „zur Bearbeitung oder Verwertung der selbstgewonnenen Erzeugnisse der Genossen“ auf 1/2 vom Tausend ihres Warenumsatzes ein für allemal festgesetzt. Infolgedessen hatte der Lübecker Konsumverein nach seinem damaligen Betriebsergebnis mehr als das Doppelte, die Genossenschaftsbäckerei aber neunmal so viel als die wirklichen Gewerbebetriebe zahlen müssen.

3. Und selbst das war den Urhebern des Entwurfes noch nicht genug. Außer der unter dem Decknamen einer „Gewerbesteuer“ zu zahlenden Warenumsatzsteuer von 1/2 vom Tausend hatten sie den Konsumvereinen auch noch eine zweite, weit drückendere Warenumsatzsteuer von 1/2 bis 2 vom Hundert des Umsatzes auferlegen wollen. Unter der trügerischen Bezeichnung einer „Warenhaussteuer“ und im schroffen Gegensatz zur Behandlung der wirklichen Warenhäuser! Diese sollten nämlich nur dann „Warenhaussteuer“ zu zahlen haben, wenn sie Waren aus mehr als einer der im Entwurfe unterschiedenen vier Branchen führten. Die Konsumvereine aber, die bekanntlich nichts weniger als Warenhäuser sind, vielmehr das ideale Gegenteil von dem darstellen, was den Warenhäusern vorgeworfen zu werden pflegt, sollten unter allen Umständen, also auch wenn sie nur Waren einer Branche führen, der Warenhaussteuer verfallen.

Ein Kind mußte erkennen, daß mit diesen Ausnahmestimmungen ein Gewaltakt geplant war, der nicht einmal notwendig mit einem Scheine steuerlichen Rechts umkleidet war. Obwohl der Lübecker Konsumverein, anstatt nach Händlerart an den Konsumenten Gewinn zu machen, Tausenden von Familien die Kaufkraft des Einkommens durch ersparnisbringende Gemeinwirtschaft erhöht hatte, obwohl diese Tausende fast durchweg wegen ihrer Mittellosigkeit auf rationellste und sparsamste Haushaltsführung angewiesen sind, obwohl endlich nicht einmal nach allgemeinen Steuerrechtsgrundsätzen die Voraussetzungen einer gewöhnlichen Gewerbebesteuerung vorlagen, hatte man den Konsumverein steuerlich wie ein großkapitalistisches Ungeheuer behandeln wollen, das ob seiner Gemeinlichkeit hinterlistig mit steuerlichen Mitteln erdroffelt werden müsse.

Ein so ungeheuerliches Vorgehen mußte, da wir ja doch nicht mehr in den Zeiten offener Sklaverei und räuberischer Bedrückung leben, die Tausende von Konsumvereinsmitgliedern und darüber hinaus alle, denen noch so etwas wie Rechtsbewußtsein in der Brust wohnt, zu Kundgebungen zorniger Abwehr aufpeitschen. Eine große öffentliche Volksversammlung, die von zifka 3000 Personen besucht war, brach nach einem Referate des Professors Dr. Staudinger, und nachdem sich Angehörige verschiedener politischer Parteitungen ausdrücklich damit einverstanden erklärt hatten, den

Etat über den schmählichen Gewaltplan. Einstimmig wurde appelliert „an das Rechtsgefühl aller derjenigen Mitbürger, welche das Prinzip des Rechtsstaates nicht umstürzen, sondern gesichert wissen wollen“. Und es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Bürgerschaft dem „alle Rechtsgrundsätze über den Haufen werfenden“ Steuervorschlage, der in Wahrheit „keine Steuermaßnahme, sondern eine Straf- und Unterdrückungsmaßregel“ sei, die Zustimmung verweigere. Man hätte meinen sollen, diese Kundgebung werde dem Rechte eine Gasse bahnen, der groteske Erbschaftsteuervorschlag in den Orkus verschwinden. Aber es scheint, als müsse das Blut der Tausende, die damals erbittert protestierten, erst noch zum Kochen gebracht werden, bevor die hinter dem Entwurfe stehenden Elemente die Gasse freigegeben. Der Entwurf ist nämlich nicht nur wiedergekehrt, sondern in seiner ungerechten Spitze gegen den Konsumverein auch noch verschlimmert worden!

Senat und Bürgerschaft hatten im Dezember 1908 eine gemeinsame Kommission zur Bearbeitung der Steuervorschläge eingesetzt. Diese Kommission hat den Gewerbebesteuerungsentwurf in einigen Punkten abgeändert und nunmehr dem Senat über das Ergebnis ihrer Beratungen berichtet.

Die Kommission hat an der doppelten Warenumsatzsteuer gegen Konsumvereine festgehalten. Eine Milderheit unter Führung des Herrn v. Schack war zwar dagegen, daß in das reine Einkommensteuersystem Lübecks die verunstaltete Gewerbebesteuer aufgenommen werden sollte. Diese Steuer sei „im Hinblick auf die überaus ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Belastung von Handel, Gewerbe und Industrie durch immer neue Reichsteuern und soziale Aufwendungen“ doppelt ungerrecht. „Das einzig und allein richtige und gerechte Verfahren, den Mehrbedarf des Staates zu decken“, sei vielmehr die Erhöhung der Einkommensteuer. Nur so würden „alle Einwohner entsprechend ihrer pekuniären Leistungsfähigkeit“ zur Aufbringung des Mehraufwandes herangezogen. Trotz dieses ganz richtigen Grundsatzes hielt aber auch dieser Herr von Schack die Warenhaussteuer selbst gegen Konsumvereine „für durchaus gerecht“. Ihm scheinen die Konsumvereinsmitglieder, die von der Hand in den Mund leben müssen, pekuniär leistungsfähiger zu sein als die reichen Industriellen, deren Steuerkraft er geschont wissen wollte. (v. Schack ist das Haupt des „Kabattparvereins“, woraus sich seine Zustimmung zur Erbschaftsteuer des ihm verhassten Konsumvereins zur Genüge erklärt. Hier zeigt es sich sehr klar, wer in der Bürgerschaft Interessenpolitik treibt. Red. d. „L. B.“)

Die Mehrheit der Kommission hielt es „für durchaus gerechtfertigt, diejenigen Kreise, die von den außerordentlich großen Aufwendungen des Staates im Interesse von Handel, Gewerbe und Industrie vorzugsweise Nutzen haben, zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs durch eine besondere Steuer, eben die Gewerbebesteuer, heranzuziehen.“ Nur müsse dabei eine unbillige Belastung vermieden werden. Deshalb seien gewisse Härten des Entwurfes der Steuerbehörden zu beseitigen; zumal davon auszugehen sei, daß die Steuer lediglich das in Gewerbebetriebe festgelegte Kapital besonders treffen solle, also eigentlich nur eine Ergänzung der das Grundstückkapital belastenden Grund- und Gebäudesteuer sei.

Eine mit solchen Grundsätzen arbeitende Kommission hätte ja nun wohl zunächst und vor allem die gegen Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften gerichteten Härten des Entwurfes beseitigen müssen. Aber daran dachten die Herren beiseite nicht. Sie wissen zwar ganz gut, daß es lächerlich wäre, von besonderen und deshalb durch Extrasteuern zu vergeltenden Aufwendungen der Allgemeinheit für den Konsumverein zu reden. Und sie wissen ferner auch sehr wohl, daß dieser die wirtschaftliche Organisation kleiner und kleinster Leute ist. Aber trotzdem brachten sie es fertig, zwar Erleichterungen für die wirk-

lichen Gewerbetreibenden und außerdem noch besondere Milderungen für die Grundstücksbesitzer und Bauunternehmer vorzusehen, dagegen die Härten für Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit bestehen zu lassen, ja sogar noch zu verschärfen.

Die Kommission hat nämlich „eine erhebliche Herabsetzung der Steuer für die unteren Stufen empfohlen zu sollen“ geglaubt, andererseits allerdings für die oberen Stufen eine kleine Erhöhung bis zu 2 Proz. des Ertrages eintreten lassen, aber nur deshalb, weil diese nur leistungsfähige Betriebe treffen würde; dagegen hat man es „für geboten“ erachtet, die angebliche Gewerbebesteuer für die Konsumvereine von 1/2 auf 2 vom Tausend zu erhöhen, mit Rücksicht auf die Erhöhung der Gewerbebesteuer für die leistungsfähigen Privatbetriebe mit Erträgen von mehr als 12000 Mk. Also weil diese letzteren 2 Proz. vom Ertrage zu zahlen hätten, sollen die Konsumvereine 0,2 Proz. vom Warenumsatz abgeben müssen. Und dies, obwohl ihnen mangels jeglicher Gewinnerzielung irgendwelche steuerliche Leistungsfähigkeit überhaupt nicht beizumessen ist.

Schon die differenzielle Ausgestaltung dieser eigentlichen Gewerbebesteuer dem wirklichen Gewerbetreibenden und dem gar kein Gewerbe betreibenden Konsumverein gegenüber ist ein Hohn auf Vernunft und Gerechtigkeit. Die Gewerbebetriebe, deren jährlicher Ertrag 2000 Mk. nicht übersteigt, sollen überhaupt steuerfrei bleiben. Bei einem Ertrage von mehr als 2000 Mk. aber beginnt die Besteuerung mit nur 0,25 vom Hundert des Ertrages, um nach allmählicher Progression erst bei Erträgen von mehr als 12000 Mk. ihre volle Höhe — 2 Proz. des Ertrages — zu erreichen. Die Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften hingegen sollen auch dann zwei vom Tausend des Warenumsatzes als „Gewerbebesteuer“ zahlen, wenn sie nicht mal einen Überschuß zu verzeichnen oder sogar Verluste gemacht haben. Sie müßten jahraus und jahrein 10 Proz. vom Umsatze als „Gewinn“ erzielt haben, wenn die ihnen zugeordnete Gewerbebesteuer derselben von 2 Proz. des Ertrages entsprechen sollte. Nun machte aber die gesamte Reinerbringung des Lübecker Konsumvereins, dem ja besonders um Beschaffung guter und doch billiger Ware zu tun ist, im letzten Geschäftsjahre nur ca. 5 Proz. vom Umsatz aus. Er hätte also das Doppelte der Steuerlast zu tragen gehabt. Und diese enorme Belastung hätte natürlich nicht einem als Konsumverein auftretenden juristischen Geistes, sondern jedem einzelnen der vielen Mitglieder gegolten. Die allermeisten von ihnen haben kein Einkommen von mehr als 2000 Mk.; zahlreiche Mitglieder können überhaupt kein Einkommen verdienen, und nicht wenige sind zeitweilig ohne irgendwelchen Verdienst. Trotzdem hätten sie sich alle ihrer sauer erzwungenen Warenbezugsersparnis um einen Betrag kürzen lassen müssen, der 16 mal so hoch gewesen wäre, als der von den Gewerbebetreibenden bei einem Ertrage von 2000 bis 2100 Mk. zu entrichtende Gewerbebesteuer. Und auf sozial Unrecht wird nun noch die zweite eigentliche Warenumsatzsteuer gehäuft!

§ 11 des Entwurfes bestimmt die Voraussetzungen, unter denen eine „Warenhaussteuer“ erhoben werden soll. Die vier Warenbranchen, von denen ohne steuerliche Abänderung nicht mehr als eine geführt werden darf, sind, wie schon nach dem früheren Entwurfe, die Nahrungsmittel, die Manufakturwaren, die Hauswirtschaftsbranche und das, was sich nicht diesen Branchen einordnen läßt. Während aber der frühere Entwurf die Besteuerung schon bei einem Umsatze von 100 000 Mk. ab beginnen ließ, wird jetzt ein Umsatz von mehr als 400 000 Mk. vorausgesetzt. Freilich nicht weil die Kommission damit eine Härte hätte beseitigen wollen, sondern weil die Erhöhung der Grenze für die Steuerpflicht von 100 000 Mk. auf 400 000 Mk. nach Ansicht der Kommission „ohne wesentliche Bedeutung“ sei, da der Umsatz der

Am Weibstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

132. Fortsetzung.

„Um Gott, welcher Gedanke“, rief der Verwundete, indem er fast noch bleicher wurde, als er es infolge seiner kaum halbgeheilten Wunden war; „wie kommst Du in solchen Augenblicken auf solche Fragen?“

„Du quälst mich, Streit; ich frage Dich, ob Du sie lieben kannst?“

„Wer könnte sie sehen, ohne sie zu lieben.“

„Sieh, ich sage Dir das, weil ich weiß, daß sie Dir seit dem Prozesse sehr zugetan, und Ihr möchtet Euch vielleicht nun seltener sehen und auseinanderkommen, wie es schon mit vielen geschehen, und ich möchte so ein Kleinod, das ich nicht mehr begleiten kann, recht gern in guten Händen sehen. Es wird mir so viel leichter ums Herz, recht leicht; Du wirst sie ansprechen, sobald es geht; sie ist so zurückhaltend, es ist ihre Art, und darum wird sie leicht verkauft. Du verspricht mir's?“

„Ich verspreche Dir's, aber mein Herz will brechen. Mein Gott, wir hätten so glücklich sein können.“

„Das scheint nur so . . . das ist nur eine Frage flüchtiger Zeit . . . so oft Ihr an mich denkt, bin ich bei Euch, besser als so . . . O Gott . . . ich plauderte noch gern mit Euch . . . nur einige Minuten . . . aber es ist gut, Swann, mein Freund . . . zürne nicht, wenn mir Glisse die Augen zudeckt . . . Mensch, Deine Hand, Waffengefährte . . . Du oder ich, es war so weit . . . vom Dache oben . . . Du wirst mehr können, als ich . . . Lange, glaub' mir, das Sterben ist leicht für uns . . . ach so leicht . . . so himmlisch . . . hört Ihr . . .?“

Ein heftiger Blutstrom unterbrach die weitere Rede des Kranken, aber er schien ihn auch mächtig erleichtert zu haben, denn seine Züge verklärten sich in himmlischer Freude, er erhob sich auf einer Hand, blickte frei und heiter um sich und rief:

„O, es ist schön!“

Und dann sank er zurück, einige schwache Atemzüge — das Gesicht wandte sich zur Seite, und die besorgten Freunde erkannten beim Näherretreten, daß der Geist die Hülle verlassen.

„Gefegnet sei Dein Andenken im Namen der Freiheit, für die Du starbst, und nun lebe fort in der Freiheit, wie Du in unserem Gedächtnis weiter lebst.“ sprach Lange, indem

er einen Abschiedskuß auf die kalte Stirn des abgeschiedenen Freundes drückte.

So auch die anderen. Dann ging Frank hinaus, um die Mädchen zu benachrichtigen, die bleich und still hereintraten.

Glisse drückte ihm die Augen zu.

Drei Tage später lernte sich die Stadt, um einem niedergehenden Leichenzuge zu folgen. Auf dem prachtvollen Leichenstuhle lag die Schärpe und der Degen, die der Verewigte in seinem letzten Kampfe getragen. Aber auch die übrigen Führer im Kampfe hatten noch einmal die Waffen und die Schärpen angelegt. Wiegner, der Oberkommandant, in der Bluse, mit blankem Säbel voran, hinter ihm die anderen, die Gefunden und die Verwundeten, dann Erich Schlegel neben einem Träger des roten Banners, an der Spitze einer Schar von 120 mit Gewehren bewaffneten Arbeitern, und dann der ungeheure Zug von zwanzigtausend Leidtragenden.

Die Wachen traten ins Gewehr, wo nur der Zug vorüberzog.

Und als der Sarg hinabgelassen war, trat Lange an die offene Gruft und sprach:

„Freunde, Genossen!

Nicht vieler Worte bedarf's für den, den seine Taten loben. Der Freiheit eine Gasse! war sein Spruch, und mit ihm fiel er. Und wie der Pulverdampf die frische Luft verjagt, so mög' er über dieses Grab hinaus ins weite Land luftreinigend hinüberstreifen und alle mahnen, wie zu tun wie er!“

„Achtung! Fertig! Feuer!“ kommandierte Wiegner mit hochgehobenem Degen, und dreimal dröhnte die Salve übers Grab.

Schluß-Kapitel.

Das Volksfest.

Ein prächtiger Morgen ging am Morgen des großen Volksfestes über der in majestätischer Ruhe dahingehenden Hauptstadt auf, die, wie eine stolze selbstbewußte Schöne, zu sagen schien: „Schmücket mich, wie Ihr wollt, Ihr werdet mich doch schließlich schöner machen, als ich bin.“ Aber man hatte sie doch geschmückt mit Kränzen und Girlanden, mit bunten Teppichen und wehenden Fahnen, und als das hehre Himmelslicht herauf kam und der kühlen Erde wie einer schlummernden Braut den wallenden Nebelschleier, in den sie sich gehüllt, trotz allem Sträuben wegwügte, und sie dann schmückte mit Millionen frisch funkelnder Diamanten, Smaragden und Perlen, die in den Blättern

funkelten, in den Gräsern und in den Blumen, die noch einmal so stolz wie sonst das Köpfchen hoben und wie nach Bewunderern ihrer Schönheit sich umschauten. Freilich sind es nicht mehr die ersten duftigen Blumen des Frühlings, nicht das schwächere Weichen, nicht die schlichte Primel oder die zarte Rose, das ewig erröthende Sinnbild der ersten Liebe; buntfarbiger, glänzender, die Augen bestechender steht man die hohe Feuerlilie, die anspruchsvolle Sonnenblume, das leichtfertige und buntfarbige Gelckelch der Winden, dazwischen die in glühenderer Simulchkeit prägende Blume, die der Volksmund wegen ihres heißen Rats „brennende Liebe“ nennt, neben ihr in sanfterer Schönheit „Braut im Haar.“

Welch ein duftiges Wehen, welch lustiges Rauschen an einem Morgen, der einem schönen Tage entgegengeräumt, zumal für das Herz des Menschen und zumal, wenn dieser Tag ein zum fröhlichen Feste bestimmter Sonntag ist. Die Herzen werden so offen und frei, daß sich über die Lippen drängt, was Monate, Jahre vielleicht verschwiegen wurde, und ein fröhliches Menschenangeficht ruft das andere hervor, wie eine Kerze hundert Kerzen anzuzünden vermag.

Die innere Stadt freilich liegt still und stumm, sie ist auch nur an vereinzelten Stellen geschmückt und trägt nur den gewöhnlichen Schmuck des Sonntags: Ordnung, Ruhe und Sauberkeit; desto festlicher aber schauen die Straßen der Vorstadt drein, die ohnehin in grünen Schmutz der Natur prangen und nun hinzugefügt haben, was nur hinzuzufügen war; die ärmste Hütte nicht ohne so ein Fähnchen, die Flumentöpfe alle den Blick von außen geboten und jedenfalls ein grüner Kranz, eine Girlande von Eichenlaub und Waldblumen. Und früh morgens schon das Festgewand, das immer festlich steht, sei's noch so einfach, und die entsprechende Kleidung des Geistes: Feststimmung. So vorbereitet vernimmt die erste laute Stimme von außen den Ton der mächtigen Glocke; doch ruft sie noch nicht zur Andacht, sondern kündigt nur, daß eben ein liebendes Paar, entschlossen, von da an des Lebens Lust und Weh gemeinsam zu tragen, sich Erwe gelobt hat an Altar für dieses kurze Leben und vielleicht bis in alle Ewigkeit.

Nun aber tönen die Glocken alle, die großen und kleinen, die nahen und fern in gemeinschaftlichem harmonischen Chor, sie laden die um sie wohnenden Christen in die Hallen, über welchen sie thronen. Man hört den Klang, man läßt die Löwe durch die Herzen dringen, man hört im Geiste auch den Orgelklang und die Stimme des Priesters, aber heute bleiben die Kirchen leer und einsam, denn alles

Lübecker Warenhäuser zweifelslos 400 000 Mk. übersteige. Auch die Höhe der Steuer hat Änderungen erfahren. Sie sollte früher bei Umsätzen von 100 000 bis 200 000 Mk. 1/2 Proz. betragen und von da ab progressiv mit wachsendem Umsatz bis zu 2 Proz. desselben steigen. Jetzt hat man die Progression fallen lassen und den Steuersatz einheitlich auf 1/4 vom Hundert des Umsatzes festgelegt.

Es soll hier nicht die Frage der Warenhausbesteuerung im einzelnen erörtert werden. Wissenschaft und Erfahrung haben schon längst ein vernichtendes Urteil über sie gesprochen. Den Wunsch der Kleinhandl. daß sie die Warenhäuser zu höheren Preisen zwingen, hat sie — und zwar zum Nutzen des konsumierenden Publikums — nicht erfüllt. Wohl aber hat die Abwälzung der Sonderlast auf die Lieferanten die Preise und Löhne der von diesen abhängigen Handwerker und Arbeiter drücken helfen. Wenn diese Steuer trotzdem noch in Preußen, das der Kommission Vorbild war, besteht, so nur deshalb, weil man aus mittelständpolitischen Erwägungen ihre Abschaffung scheut. Man möchte nicht gestehen, daß diese große Liebesgabe an das mittelständliche Handwerk, das dadurch bei guter politischer Laune erhalten werden sollte, ein Schein gewesen sei. Die Kommission hat denn auch wohlweislich darauf verzichtet, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Gründe für die Warenhaussteuer ins Feld zu führen. Man meinte nur, es liege für Lübeck in der Tat kein Grund vor, die Warenhäuser einer Steuer nicht zu unterwerfen, die in Preußen von gesunden Unternehmungen ohne ernste Nachteile getragen werden kann.

Nur den Konsumvereinen gegenüber hat man das preußische Vorbild nicht wahren lassen. Das preußische Warenhaussteuergesetz behandelt die Konsumvereine nicht besser, aber auch nicht schlechter als die Warenhäuser. Das heißt: auch die Konsumvereine können in Preußen nur dann zur Warenhaussteuer veranlagt werden, wenn sie Waren aus mehr als einer der vier Branchen führen. Das preußische Warenhaussteuergesetz enthält also, wenn auch an sich ein wirtschafts- und finanzpolitisches Ausnahmengesetz, doch wenigstens keine besondere Ausnahmegestaltung gegen den Konsumverein. Im Lübecker Entwurf aber steht noch ein weiteres, besonderes Ausnahmengesetz gegen den Konsumverein. Es ist im ersten und letzten Absatz des § 11 mit Händen zu greifen. Dort steht nämlich zu lesen:

Erster Absatz: „Von Betrieben, in denen der Kleinhandel mit mehr als einer der im folgenden Absatz unterschiedenen Warengruppen betrieben wird (Warenhäuser) wird, wenn der jährliche Umsatz mehr als 400 000 Mk. beträgt, außer der Gewerbesteuer eine Warenhaussteuer erhoben.“

Zweiter Absatz: „Die Warenhaussteuer wird außer der Gewerbesteuer auch erhoben von Konsumvereinen, deren Jahresumsatz mehr als 400 000 Mk. beträgt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die sonstigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind.“

Aber das ist noch nicht ausnahmegesetzlich genug. Das elende Steuergebot von Konsumvereinsmitgliedern muß noch unangenehmer behandelt werden. Die wirklichen Warenhäuser sollen unter Umständen selbst als Warenhäuser die Umsatzsteuer nicht zu zahlen haben; nämlich dann nicht, wenn sich der Handel der Waren der einen Gruppe nach Herkunft und Gebrauch auch auf Warengruppen erstreckt, die mit ersteren zugleich feilgeboten zu werden pflegen. „Nadann ist von der Steuerbehörde Handel mit nur einer Warengruppe anzunehmen.“ Gerade umgekehrt aber soll der Konsumverein auch dann Warenhaussteuer zahlen, wenn er tatsächlich nur Waren einer Gruppe an seine Mitglieder verteilt!

Genug der Mittelungen über den Teil des Entwurfes, der von der Kommission am besten als „Steuern zur Unterdrückung des Konsumvereins“ bezeichnet worden wäre.

Zwar werden die Freunde des Entwurfes behaupten, daß der Konsumverein durch die Extrabelastungen doch nur zu Preiserhöhungen genötigt werden solle. Aber was ist das für eine „Gewerbesteuer“, die das bedürftige Volk veranlassen soll, für das zum Leben Notwendigste höhere Preise zu zahlen als bisher! Auf dem Gebiete der Zollpolitik werden die heftigsten Kämpfe um das Preisniveau der Volksernährung geführt. Und hier glaubt man, dem Volke die Frucht eigener Anstrengungen, nämlich die aus der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsführung entspringenden Vorteile, durch eine dagegen gerichtete direkte Steuer kurzerhand schmälern oder gar unmöglich machen zu dürfen.

Und warum so anstößiges Beginnen? „Aus praktischen und sozialpolitischen Gründen“, heißt es

im Bericht der Steuerbehörde über den ersten Entwurf, „empfiehlt es sich indes, Konsumvereine und -anstalten ebenso wie in Preußen immer, also auch dann, wenn ihr Betrieb sich nicht als Gewerbe darstellt, der Steuer zu unterwerfen, sofern er mit einem offenen Laden oder einer offenen Verkaufsstelle verbunden ist.“ Und: „Weniger aus fiskalischen als aus sozialpolitischen Gründen“, hieß es im Bericht der Steuerbehörde über den ersten Entwurf, „erscheint es geboten, die größeren Konsumvereine auch dann zu besteuern, wenn sie im übrigen deren Merkmale nicht aufweisen.“

Im Bericht der gemeinsamen Kommission aber heißt es: „Gegen die vorgesehene Besteuerung (Warenhaussteuer) der Konsumvereine hat die gemeinsame Kommission nichts einzuwenden, ist andererseits freilich auch klar darüber, daß die praktische Bedeutung dieser Steuer durch die Erhöhung der Grenze von 100 000 Mk. auf 400 000 Mk. erheblich herabgemindert werden wird. Immerhin ist zu bedenken, daß schon die regelmäßige Gewerbesteuer für Konsumvereine und Konsumanstalten nicht nach den Erträgen, sondern nach dem Umsatz erhoben wird und zwei vom Tausend des jährlichen Umsatzes betragen soll.“

Die Kommission, weit davon entfernt, in den steuerlichen Erdröselungsverluden eine Ungerechtigkeit zu sehen, bedauert also auch, noch die Herabminderung der praktischen Bedeutung durch Erhöhung des steuerpflichtigen Mindestumsatzes von 100 000 Mk. auf 400 000 Mk. auch für die Konsumvereine! Die „praktische“ Bedeutung! Das kann, da die Besteuerung ja „weniger aus fiskalischen als aus sozialpolitischen Gründen“ erfolgen soll, doch nur heißen: „Die Konsumvereinsbesteuerung in Lübeck soll nach Art einer Verbrauchsabgabe den Tausenden kleiner und kleinster Leute die genossenschaftlich besorgten Waren so verteuern, daß sie die Last an Konsumgenossenschaftlicher Selbsthilfe verlieren. Und zwar die kinderreichen Familien am ehesten, denn je größer der Nahrungsbedarf, um so höher die „Steuer“.“

Fürwahr, eine feine „Sozialpolitik“! Jahrelang hat man auch in Lübeck dem unzufriedenen Volke vorgehalten, daß es bei Sparsamkeit und Fleiß auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung einen Aufstieg erleben könne. Und nun das Volk auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe einen schätziernen praktischen Versuch nach dieser Richtung unternommen hat, finden es regierende Kreise „praktisch“ und „sozialpolitisch“, durch unerhörte Sondersteuern diesen einzig gangbaren Weg zu verschütten. Freilich wird ihnen das nicht gelingen. Denn nach aller bisher im Reich gemachten Erfahrung hat der Versuch zur Unterdrückung genossenschaftlicher Betriebe und die darin liegende Bedrohung des natürlichen Rechtes der freien Konsumtion bei den vorliegenden Volksmassen gerade das Gegenteil des von Konsumvereinsgegnern bezweckten ausgelöst: Das Streben nach materiellen Vorteilen ist durch ideelle Antriebe vertieft und veredelt worden. Lübeck selbst bietet dafür ein Beispiel. In der Zeit zwischen den Veröffentlichungen des ersten und des jetzt vorliegenden zweiten Steuerentwurfes hat sich die Mitgliederzahl um ein Drittel vermehrt, der Umsatz aber fast verdoppelt. Und so möge es auch als die einzige schlimmere Entwurfes kommen. Niemals darf er in seinem gegen die genossenschaftliche Selbsthilfe des unbemittelten Volkes gerichteten Teile Gesetz werden. Das zu verhindern, wird Aufgabe der bedrohten Bevölkerung selbst sowie aller derjenigen sein, die den Freistaat Lübeck vor dem traurigen Ruine demohrt wissen möchten, den sich der reiche Mann im biblischen Gleichnis erwarb, als er das einzige liebevoll aufgelegene Schäflein des Armen seinem Gaste zubereiten ließ.

Dr. R. Riehn
in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“.

Aus der Partei.

Andreas Costa †. Den Tod des Genossen Andreas Costa haben wir bereits gemeldet. Costa hat den hervorragenden Anteil an der Begründung und dem Ausbau der Klassenorganisation des italienischen Proletariats. Die ersten Organisationsversuche der Proletarier Italiens, so schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, standen unter dem Einfluß Mazzinis, dem Wortführer des republikanischen Nationalismus. Innerhalb dieser Organisation wirkten Bakunin und seine Schüler, unter denen der feurigste, begabteste und hingebendste Andreä Costa

war. Es bildete sich der Arbeiterbund (Fascio operaio), der am 17. März 1872 seinen ersten Kongreß abhielt; wenige Monate nachher fand der zweite Kongreß der Fascio statt, der Costa zu seinem Sekretär wählte. Zahlreiche Gefängnisstrafen nützte Costa zu einbringlichen Studien, die ihn den Lehren des Sozialismus immer näher brachten, so daß er bald an die Spitze der sozialistischen Bewegung trat. Hier erwarb er sich die größten Verdienste um die Organisation der Partei, vor allem in der Lombardei und in der Romagna, und auch um die Erfüllung der Arbeiter mit sozialistischen Überzeugungen. Am 29. November 1882 fanden die ersten Wahlen statt, an denen sich die italienischen Sozialisten beteiligten. Costa und ein zweiter Genosse wurden gewählt. Der Name Costas ist aufs engste mit der Geschichte des italienischen Sozialismus verknüpft; als Abgeordneter, als Präsident der Parteitage, als Delegierter auf den internationalen Kongressen, als unermüdblicher Agitator, als feuriger Redner, als Journalist, als Singier streitender Richter war er unermüdblich tätig. Der Veteran des italienischen Sozialismus hat sich unter allen Genossen die größten Verdienste um die Verbreitung des Sozialismus erworben.

Costas Beisetzung. Die Beisetzung Costas wurde am Sonnabend mit unvergleichlicher Feierlichkeit vollzogen. Hunderte von Parteisektionen und Gewerkschaften, die Vertreter von 275 Kommunalverwaltungen, der Ministerpräsident Sonnino sowie die Regierung der Republik von San Marino nahmen teil. Der Leiche folgten der Parteivorstand, die Parteifraktion, zahlreiche Abgeordnete und eine unübersehbare Volksmenge unter den Klängen der Rathausglocke. So wurde der Sarg zur Station geleitet, um in Bologna verbrannt zu werden. Am Sarge sprachen der Kammerpräsident Marcora, Genosse Kella für die Stadt Imola, Bissolati für die Partei. Um 12 Uhr wurde die Leiche, begleitet von Angehörigen und Delegierten, nach Bologna übergeführt. Die Schulen und Theater der Städte Imola und Bologna waren wegen der Leichentrauer geschlossen und die mit einem Trauerflor umgekleideten Laternen angezündet. Es war eine Trauerdemonstration ohne Gleichen.

Zum Kampf gegen die Jugendbewegung. Die Direktion der Köln er Fortbildungsschulen fordert die Lehrer auf, mit allen Mitteln der Agitation für die proletarische Jugendorganisation entgegenzuwirken. Sie empfiehlt aber gleichzeitig, eine Propaganda für die konfessionellen Jugendvereine zu entfalten. Daß die Direktion keine Mittel scheut, geht schon daraus hervor, daß sie über die jugendlichen Flugblattverteiler Disziplinarstrafen verhängt hat.

Folge einer heftigen Wahlrechtsdemonstration. Infolge der Wahlrechtsdemonstration vom 6. Dezember 1909 in Offenbach hat der Genosse Lobé ein Strafmandat in Höhe von 40 Mk. erhalten wegen Vergehens gegen § 7 des Reichsvereinsgesetzes (Aufforderung zur Veranstaltung eines öffentlichen, nicht genehmigten Umzuges). Gegen den Strafbefehl ist richterliche Entscheidung beantragt.

Warnung. Ein Schwindler versucht, Gewerkschaftsgelder zu erhalten. Er hat sich in Offenbach bei der Frau eines Unterfasserers des Fabrikarbeiterverbandes als Beauftragter des Hauptvorstandes vorgestellt und die eingegangenen Gewerkschaftsgelder mitzunehmen versucht. Als er das Geld nicht bekam und ihm mit dem Schutzmänn ge droht wurde, ist er verduftet. Es ist anzunehmen, daß er daselbe Manöver auch in anderen Städten wiederholt, und deshalb wird vor ihm gewarnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Streit der Droschkenführer ist dieser Tage in Neisse (Schlesien) vorläufig beigelegt worden. Die Polizei verlangte von jedem Droschkenbesitzer, daß, wenn er nicht ansahren könne, er dies in jedem Falle der Polizei zu melden habe. Gegen diese polizeiliche Bevormundung wehrten sich die Droschkenführer mit Recht durch Arbeits einstellen und hatten den Erfolg, daß die Behörde nach eintägigem Streit schleunigst in Unterhandlungen mit den Ausständigen treten mußte.

Lohn Differenzen in der Steinindustrie. In dem Mar-morbetriebe der Firma Krebs in Waldmünster an der Vahn wurden in 4 Wochen etwa 40 organisierte Arbeiter entlassen. Als Grund der Entlassung wurde Arbeitsmangel angegeben, tatsächlich sind aber Maßregelungen darin zu erblicken. Die Vermittelungen des Gauleiters und die des Gewerberates verliefen resultatlos. Da weitere Kündigungen erfolgt sind, und Herr Krebs eine Verhandlung mit dem Verbandvertreter ablehnte, reichten sämtliche noch dort beschäftigten Ar-

geht hinaus in den großen prachtvollen Tempel der Natur. Kommt mit, ihr Priester, kommt mit hinaus, dort wollen wir euch hören, wenn ihr etwas sprecht, das so frei und schön ist wie die Natur!

Auch die Gesellschaft, welche die Kirche während der Trauung besucht, ist nicht gewillt, sich weiter erbauen zu lassen, und die große Menge, welche ihrer draußen harret, muß es ahnen, sie würde sonst nicht so beständig nach der Tür schauen, aus welcher endlich, ganz eingeschümt in weiße Seide und weiße Spitzen und ganz rot schimmernd vom ewigen Erden, den grünen Myrtenkranz in den üppigen Boden, eine anmutige Mädchen Gestalt herauswächst, bei deren Anblick eine allgemeine Bewegung unter den Zuschauern entsteht. Der Hochzeitsordner bietet ihr zum Entgegen die weiße Waidweide Rechte, sie aber wendet sich nach einem jungen Herrn im schwarzen Frack, der eben ein Paar blumenstreuende Kinder bei sich hat, und wartet, bis sie das kleine Bündchen auf ihn legen kann.

Der so beneidete geliebte Ordner ist ein wenig verlegt; der Herr sieht es ihm an seinem Gesicht an und meint gutmütig:

„Abern Sie sich nicht; der Frauen Wege sind wunderbar, und was ihnen gerade in den Kopf kommt, das muß geschehen. In ein paar Stunden will ich ihr vielleicht die Hand geben, da daß's ihr nicht und sie nimmt die ihrige. Ich gebe Ihnen den guten Rat, beraten Sie nicht, wenn — Sie's übers Herz bringen können.“

„Schöner Rat hier an der Kirchenür, von einem eben Getrauten. Herr Frack“, bemerkt eine Dame hinter ihm.

„Sie haß ja nicht gehört; nicht wahr Frack, Du haßt nichts gehört?“

„Freilich haß ich gehört, Du haßt“, entgegnete die Gefragte.

„Alo auch schon Widerspruch? Willst Du gleich jagern, daß Du nicht gehört, oder ich laße mich von Dir lächerlich machen?“

„Es ist gerade noch Zeit“, meint sie.

„Alo, ich will mirs doch erst reichlich überlegen; das Trangelid ist nun einmal diergenwendet, und das Scheiden löst wieder Geld. Fräulein Gornal, fahren Sie mit uns?“

„Ich dank, mein Wagen wartet meiner schon.“

„Willst Du denn deinen Platz im Wagen verzichten, daß Du ihn ausbist?“

„Alo, aber wir können doch zwei Freunde mitnehmen?“

„Die beiden anderen Plätze sind für Elise und ihren Bruder bestimmt.“

„Also schon wieder Widerspruch? Na, ich bin wirklich neugierig, wer von uns beiden unter den Pantoffel kommen wird.“

Noch ein anderes Paar hatte diesen Tag, dieselbe Kirche und dieselbe Stunde gewählt, um einen jahrelang erwachsenen Herzensbund durch den Mund des Bräutigams einzulegen zu lassen: Wiesner und sein Gretchen sind es, die nach den kürzlichigen Tagen eines Arbeiterbrautstandes in den ruhigen Hafen der Ehe eingelaufen, der ihnen jetzt blumigere Monde und Jahre verspricht, als sie noch vor einem halben Jahre zu hoffen gewagt. Sie nehmen mit dem jüngeren Haidich und dessen Schwester den zweiten Wagen ein, und eine ziemliche Reihe von Wagen folgt diesen beiden durch die Straßen der Stadt und dann hinaus in die sonnige Sommerlandschaft hinauf auf der berühmte gewordenen Straße, die oberhalb der Dörfer Bleichungen und Haffelbach vorbeiführt.

In Bleichungen ist abermals der Hauptfestplatz; auf einem weiten, noch eben von Raggen bewachsenen Felde, nach Haffelbach zu gelegen und dem Josef Reinisch zugehörig, welches eine gewichtige Straßenwalze gefestigt und angeklättet hat, zeigen sich dem Beschauer schon von weitem eine Anzahl von Zelten, geschmückt mit kleinen Fähnchen; das daranstoßende Zaunmännchen hat manchen grünen Zweig hergeben müssen und bietet doch noch Schutz und Schatten vollauf. Gar mancher ist schon vor Sonnenaufgang hingewandert und viele, die da glauben die ersten zu sein, fanden bereits eine fröhlich lagernde Gesellschaft, zum Teil aus Arbeitern bestehend, die seit dem Nachmittage vorher an der vollständigen Herrichtung des Festplatzes gearbeitet hatten. Im übrigen gab es hier Hausrecht, denn da man auf viele Tausende gerechnet, so hatte jede Korporation oder jeder Verein sein zugemessenes Stück vom Festplatz belegt, dessen Ausfüllung oder Vereinerung mit Bequemlichkeiten und Vorrichtungen zu Vergnügungen und Spielen die Inhaber übernahmen. Einer jeden Abteilung war außerdem ein Tanzplatz und ein tiefer Koch- und Bratherd zugeteilt, damit für zwei der wichtigsten Bedürfnisse genügend vorgesorgt sei. So hatte man dem Zufall nichts überlassen als das Wetter, und dieses war dem Feste günstig vom ersten Augenblicke, da die besorgten Gemüter hinaufschauten in die frühe Dämmerung.

Der Mittelpunkt des ganzen aber blieb für allgemeine Zwecke abgegrenzt durch ringgezogene Seile; hier erhob sich ein riesiges Feld in geschmackvoller Arbeit ausgeführt, überlagert vom mächtigen Bundesbanner, das, weißlich sichtbar, im Morgenwinde flatterte. Hierher begab sich jeder vereinzelte Anwesende, empfing das Festprogramm und den Text der

gemeinschaftlich zu singenden Lieder und ward dann zur weiteren Versorgung nach seinem Standquartier gewiesen. Der Vereinsvorstand mußte sich einer Genossenschaft anschließen, mancher aber kam mit seinem Herzen nicht ins reime, denn wenn er einer größeren Vertikate angehörte und einer Genossenschaft zugleich, auch einem Gesangsverein, vielleicht gar noch einer Turnerriege, dann war guter Rat teuer.

Gegen 7 Uhr des Morgens wimmelt der Platz bereits, denn da kamen mit Fahnen und einigen Musikern an der Spitze die Korporationen und Vereine im geschlossenen Zuge anmarschieren und nahmen von ihrem Standquartiere Besitz, in dem sie ihr Banner aufpflanzten. Die vereinigten Genossenschaften samt dem Konsumverein, den Zugehörigen der Volksbank und was sonst mit diesen Bahnbrechern der Zukunft in Verbindung stand, kamen mit einem eigenen Musikchor und einem gemeinschaftlichen neuen und prachtvollen Banner, welches unter der Leitung Helenens die besessenen Damen gemeinschaftlich gestiftet hatten und welches an diesem Tage seine Weihe erhalten sollte. Nicht weniger Musikchen erregten bei ihrem Nahen eine Reihe von Koll- stößen, in welchen diejenigen Volkskämpfer saßen, die noch zu viel an ihren Wunden litten, um auf eigenen Füßen nach dem Festplatze pilgern zu können.

Der Kaffee dampfte in den Kesseln und wurde jedem dargeboten, der den Festplatz betrat und Verlangen darnach trug. Endlich gegen 8 Uhr wimmelte es in der Ebene; soweit vom Kirchtum zu Bleichungen die Augen reichten, sah man Kopf an Kopf an die 60-60 000, ein großes Heerlager von fröhlichen Menschen. Nun erschienen auch die Führer und gelangten nicht ohne mancherlei Aufenthalt und Gemühen in den umgrenzten Raum, dessen Eingänge Turnerringlinge bewachten. Das Schwärzen und Plaudern der Männer und Frauen, das Jauchzen der Kinder ließ alles wie ein rauschendes Meer erscheinen.

Und kaum waren die Spitzen der Gesellschaft angelangt, als auch schon Trompeter durch alle Quartiere gingen und das erste Signal ertönen ließen, worauf alle Korporationen sich von neuem unter ihren Ordnern und Marschällen ordneten und einen Kreis um den gemeinschaftlichen Mittelpunkt, die Turner aber ein Spalier von da bis nach dem Eingange zum Dorfe Bleichungen bildeten, durch welche die Deputationen und Gemeinderäte der als Ehrengäste eingeladenen Bewohner der Dörfer Bleichungen und Haffelbach zur feierlichen Begrüßung schritten.

(Fortsetzung folgt.)

beiter die Kündigung zum 1. Februar ein. In Betracht kommen 45 Arbeiter. In dem Granitwerk der Firma Daffel in Alagen bei Soest (Westfalen) sind den dort beschäftigten Steinhauern und Schleifern am letzten Lohnstage bei Berechnung der Akkordarbeit starke Reduzierungen gemacht worden. Diejenigen Arbeiter, die ihren vollen Lohn verlangten, wurden entlassen. Da weitere Entlassungen noch folgen sollten, reichten die anderen Arbeiter die Kündigung zum 1. Februar ein. In Betracht kommen 25 Mann. Zugang nach beiden Orten ist streng fernzuhalten.

Gegen Baukontrollen aus dem Arbeiterstande wendet sich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in einer Eingabe an den Reichstag. Die in der Petition angeführten Gründe gegen die Anstellung von Arbeitern zur Ausübung der Kontrolle auf Bauten sind die Tatsache bekannt. Sie gipfeln darin, daß dem Arbeiter die theoretischen und praktischen Vorkenntnisse fehlen, daß die Unfälle im Baugewerbe relativ nicht sehr häufig sind, für Verhütung derselben die Berufsgenossenschaften aber viel tun, und daß endlich die Baukontrollen durch Arbeiter den Terrorismus der Sozialdemokratie vermehren und das ohnehin schlechte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis zur Untragbarkeit steigern würde.

Zur Begründung dafür, daß Arbeitern das fachwissenschaftliche Verständnis als Baukontrollen fehlt, stützt sich die Petition auf die ablehnende Haltung des Regierungsvorgängers und der Reichstagskommission, und auf die im gleichen Sinne gehaltenen Ausführungen des Ministers im preussischen Abgeordnetenhaus. Ermangelt dieser Beweisführung schon die Durchschlagkraft, so wirkt auch der Hinweis auf die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für die Unfallverhütung, ebenso wie die an vierter Stelle stehende Häufigkeit der Unfälle im Baugewerbe nicht durchaus überzeugend als Argumentation gegen die Anstellung von Arbeitern als Baukontrollen. Von den Bauarbeitern und ihren Verbänden sind diese Einwände ebenso oft entkräftet worden, wie sie erhoben sind. Daß z. B. die Unfallgefahr in der Lagererei und im Fuhrwesen durch die Art der Beschäftigung, bei der Holzbearbeitung mit den vielen äußerst gefährlichen Maschinen, in der Mälzerei, Wolferei, Brauerei und in Zuckerfabriken aus den gleichen Gründen, und wegen den dort vielfach noch recht mangelhaften Schutzvorrichtungen eine weit größere ist als im Baugewerbe, ist so offensichtlich und verständlich, daß es keines zahlenmäßigen Beweises bedarf. Die Gefahr des sozialdemokratischen Terrors durch Anstellung von Baukontrollen aus dem Arbeiterstande wird in der Petition also verzeichnet:

„In der Tat ist dieser Wunsch im wesentlichen eine sozialdemokratische Forderung und zwar lediglich zu dem Zwecke aufgestellt, um unter der Flagge des Arbeiterschutzes die Macht der Gewerkschaften zu vermehren und zu vertiefen. Durch die Kontrollen der bezeichneten Art würde die sozialdemokratische Agitation, die häufig genug schon heute die schwersten Mißstände zeitigt, unter dem Deckmantel der behördlichen Baukontrolle vor sich gehen, und die Arbeitgeber wären nicht in der Lage, die mit autoritativer Macht ausgestatteten Kontrollen von der Arbeitnehmerschaft zu weisen. Die Arbeitgeber gerieten in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften ihrer Arbeiter, und der Unzuträglichen zwischendurch in den beiden doch aufeinander angewiesenen Arbeitsfaktoren, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wäre kein Ende.“

Die Beobachtung eines guten Einvernehmens zwischen Unternehmern und Arbeitern ist sonst der Bauern stärkste Seite auch nicht immer, hier in der Petition erscheint es schlechter als Aufgabe der Unternehmer, dieses gute Einvernehmen zu hüten, und nicht durch die bösen Baukontrollen stören zu lassen. Die Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung und die vielen örtlichen Bauarbeiterbeschäftigungskommissionen bringen alljährlich so viel zahlenmäßige Beweise für den noch recht mangelhaften Schutz auf Bauten, daß der Reichstag wohl nicht ohne weiteres darüber hinwegsehen und der Eingabe des Unternehmerverbandes die stärkere Beweiskraft zusprechen können.

Die Tarifbewegung in der Münchener Schuhindustrie hat ihr Ende erreicht. Die von den vereinigten Ringerfabrikanten der Arbeiterschaft gebotenen Verschlechterungen, wie Verlängerung der Arbeitszeit um 1/4 Stunde, Preisgabe des 1. Mai (wird seit 17 Jahren gefeiert) usw. wurden einstimmig zurückgewiesen. Die Unternehmer wollten diese Verschlechterungen einfach durch einen Anhang zur Fabrikordnung zur Einführung bringen. Die Folge war, daß, nachdem eine zwischen den Parteien gepflogene Unterhandlung zu keinem Resultat führte, die Arbeiter in einem Betriebe die Kündigung einreichten. Hierauf kündigten sämtliche Ringerfabrikanten ihren Arbeitern und Arbeiterinnen. Vor Ablauf der Kündigungsfrist fand sodann eine Verhandlung statt, die nach dreitägiger Dauer zu einer Verständigung führte. Die Unternehmer machten folgende Zugeständnisse: Zurückziehung der direkten Verschlechterungen, Lohnzulagen in der Höhe von 1-2 Mk. pro Woche, Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises, an Sonntagen und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen statt wie bisher um 6 Uhr um 4 1/2 Uhr Arbeitsruhe; Festlegung eines Mindeststundenlohnes von 41 Pf. für Lederzuschneider und Sohlenstänzer, Abschluß eines Tarifvertrages auf die Dauer von 4 Jahren, ab 1. Januar 1912 für die Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen eine Zulage von unter 30 Pf. Stundenlohn 1 Pf., über 30 Pf. Stundenlohn 2 Pf., und für die Akkordarbeiter und Arbeiterinnen eine Zulage von 2 Proz. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer im Verträge festgelegter Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse.

Die Firma Monachia (Gebrüder Regensteiner) die seinerzeit aus dem Fabrikantenverband austrat, bei der allgemeinen Kündigung aber trotzdem auch ihrer Arbeiterschaft kündigte, hat ebenfalls einem Tarife zugestimmt, der sich in gleichem Rahmen hält, wie der mit den Ringerfirmen abgeschlossene.

Der dritte Verbandstag des Steinmetzverbandes findet ab 23. Mai in Eisenach statt. Als wichtigster Punkt steht zur Tagesordnung: Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Der Zentralvorstand will aber die Annahme der vorgelegten Vorlage nicht empfehlen, weil die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie zu enorm ist.

Kommunales.

Das Koalitionsrecht vor dem Stadtparlament. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Leipzigs stellten am Mittwoch abermals den Antrag, der Stadtrat möge bei Vergebung städtischer Arbeiten darauf sehen, daß nur solche Unternehmer berücksichtigt werden, die sich vertraglich verpflichten, das den Arbeitern gesetzlich gewährte Koalitionsrecht gebührend zu beachten. Von Ratseitsseite wurde mitgeteilt, daß ein Regulativ in Ausarbeitung sei, wonach die Unternehmer angehalten werden, die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen; darunter solle auch das Koalitionsrecht verstanden werden. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Es kam aber noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen unseren Genossen und der bürgerlichen Mehrheit sowie dem Rat, weil vor wenigen Tagen Schulze Streifbächer eskortiert hatten. Der Polizeidirektor war nicht anwesend, ebensowenig der Ober-

Bürgermeister. Der zweite Bürgermeister nahm offen für die Streifbächer Partei. Jedemfalls wird in der nächsten Plenarsitzung eine Fortsetzung der Debatte erfolgen.

Sozialdemokratische Stadtverordnete und das Kaiserhoch. Die „Kölnische Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ streiten sich um die Stettiner sozialdemokratischen Stadtverordneten, die revisionistisch geworden sein sollen, weil sie diesmal am Anfange der ersten Stadtverordneten-Versammlung des Jahres das übliche Kaiserhoch stehend abmarten, während sie früher den Saal verlassen hätten. Der Streit beruht auf einem falschen Bericht der „Täglichen Rundschau“. Schon seit Jahren erwarten, um den sich daran knüpfenden, event. sogar gerichtlichen Unannehmlichkeiten zu entgehen, die Stettiner sozialdemokratischen Stadtverordneten das Kaiserhoch stehend, und sind auch in diesem Jahre von dem alten Brauch nicht abgegangen, sodaß also der ganze Streit überflüssig ist.

Wahlkreis Gemeindevorstand. In Schiffsdorf (Kreis Westermünde) sind bei der Gemeindevorstandswahl vor einigen Wochen ganz haarsträubende Regelwidrigkeiten vorgekommen. Die beteiligten Genossen erhoben Protest, dem stattgegeben werden mußte. Der Wahlakt wurde für ungültig erklärt und die Neuwahlen auf den 31. Januar festgesetzt.

Sprachreinheit und Sprachreinigung.*

Von Professor Friedrich Kluge.

Unsre Zeit wird immer von neuem durch sprachliche Fragen erregt. Sprachmeister treten auf, die mit unbarmherziger Rücksichtslosigkeit uns die Geste mit Rotstücken und Ausfuchungszeichen zieren und trotz allem Kopfschütteln, das wir im einzelnen für dies Gebahren haben, unser Gewissen im ganzen aufrütteln und wecken. Dann hören wir von berufener Seite, daß unsere sprachlichen Sünden, von denen ängstliche Schulweisheit in jedem Jahrhundert zu Jammer genußt hat, eigentlich das Leben der Sprache, das Absterben der Vergangenheit und die Vorboten neuer Gesetze bedeuten. Dort hören wir von der Berechtigung und Notwendigkeit der Fremdwörter in unserer heutigen Bildungswelt, hier wird für Reinheit der Muttersprache gerungen. Lehrbücher und Wörterbücher, die uns alljährlich überraschen, weisen den „aufrichtigen Liebhaber der edeln deutschen Hauptsprache“, wie im 17. Jahrhundert so auch heute, immer wieder darauf hin, daß wir eigentlich unser Deutsch nur an der Hand von Büchern, nicht an der Natur üben sollen. Dann hören wir, daß es keine Wörterbücher und keine Grammatiken der lebenden Sprache gibt, die den wissenschaftlichen Anforderungen von heute entsprechen, und schließlich stellen sich dem stauenden Volk als unsre heutigen Klassiker jene oberen 40 Schriftsteller vor, die sich für berufen erachten, feierlich gegen die sprachlichen Bestrebungen Unberufener einzuschreiten. Uns stellt die edle Sprache der Meisterwerke aus der Blütezeit unserer Literatur das wahre Ideal künstlerischer Sprachhandhabung vor Augen. Dort vernehmen wir ungestüme Dränger, die den klassischen Wert unserer Klassiker mit Rücksicht auf Sprachreinheit verkennen und bemängeln.

In diesem Jürgarten von Anschauungen und Auffassungen, von Lehrbüchern und Standpunkten — wo ist da die Richtschnur und der Maßstab, den Bau unserer Sprache, seine Grundfesten, seine Säulen und Strebepfeiler, seine Quader und Gewölbe zu berechnen und zu ermessen? Kann man sie überhaupt ermessen, wo sich stets vor unsern Augen Umbau und Neubau vollzieht? Und wer sind die Baumeister, wer die Arbeiter an diesem großen und stolzen Bau, der unser aller Kräfte einigen, zu einträchtiger Arbeit zusammenhalten sollte?

Keine Sprache gleicht jenen gewaltigen Domen und Münstern, mit denen Menschenhand und Menschenkunst unsre rheinischen Städte vor vielen andern ausgezeichnet hat. Die Sprache ist ein Kunstwerk der Natur, in der menschlichen Gesellschaft ruhen ihre Wurzeln und Lebensbedingungen, die Geleise ihres Wachstums. So ist auch die Sprache Homers, die Sprache der Edda und des Nibelungenliedes gemacht nach den Jahrtausende hindurch lebendigen Geleisen einer wesentlich aufsteigenden Entwicklung.

Diese Entwicklung ist ständig bedingt durch den physischen und den geistigen Zustand der Völker. Und die Grundbedingungen der Kultur sind auch die der Sprache. Jede Sprachstufe spiegelt eine Kulturstufe wieder. Das ganze Volk arbeitet an seiner Kultur und zugleich an seiner Sprache, und jeder Fortschritt der Gesellschaft bedeutet einen Fortschritt der Sprache. Die Geschichte eines Volkes ist zugleich die Geschichte seiner Sprache und umgekehrt.

Um unser Volk zu verstehen, müssen wir seine Geschichte ergründen, und wer seine Sprache verstehen will, lernt sie aus ihrer Geschichte begreifen.

Jedes Zeitalter hat seine Fremdwörter. Wo Völker nebeneinander leben, besteht ein Austausch im Wortschatz. Es gibt keine Sprache, die frei von fremden Einflüssen wäre. Island — das ultima Thule — hat seine Fremdwörter so gut wie Helgoland und die friesischen Inseln. Auch jedes deutsche Dorf hat Fremdwörter — im Westen französische, im Osten slawische. Ohne fremde Einflüsse können wir unsere Sprache gar nicht auf der Höhe denken, die sie in unserer klassischen Dichtung hat. Denn im Wettbewerb mit dem Geistesleben des Auslandes und der Vergangenheit sind wir groß geworden, und mit der Verarbeitung des Lateins, das Jahrhunderte hindurch in Kunst und Wissenschaft, in Staatsleben und Religion eine strenge Schulung durchgemacht hatte, war für unsere Literatur wie für unsere Sprache zu verschiedenen Zeiten immer ein neuer Aufschwung gegeben. Wofür das Latein durch eine lange Entwicklung sich ein Sprachgut erworben, das mußte mit einemmal — in den Klosterschulen, von den Geistlichen — verdeutschet werden, und die einheimische Sprache, obwohl mit reichem Erbe aus der Urzeit ausgestattet, verdankt die Biegbarkeit ihres Sagens und die Vielfältigkeit ihres Wortschatzes zum großen Teil diesen fremden Einflüssen.

Wer möchte dies alles leugnen? Und wer möchte so segensreiche Wirkungen ungehehen wünschen und eine an sich unmögliche Sprachentwicklung ohne fremde Zutat lieber sehen? Wie der Mensch auf seinen Mitmenschen, so ist ein Volk auf das andere angewiesen, und glücklich das Volk, dessen Land an bedeutsame Kulturvölker grenzt — und dreimal glücklich, wenn es offene Tore hat für den Verkehr mit Nachbarvölkern, die durch günstige Kulturbedingungen früher groß geworden sind!

Die Segnungen von Deutschlands Lage im Herzen Europas liegen auf der Hand, und unsere Sprache bezeugt, daß wir ihrer wert waren; denn wir haben Fremdes in hohem Maße verarbeitet und erweitert. Aber wenn wir eine Geschichte der Fremdwörter älterer und neuerer Zeit be-

stehen, sie würde uns nicht so sehr trübe Bilder von unsrer Sprachverrottung und -verflumpung entrollen, von denen sich heute mancher aufrichtige Freund unsrer deutschen Hauptsprache mit Absicht fortwendet; sie würde allerdings mobile Verirrungen darstellen, begreifen und verstehen lernen, aber sie würde die Fährlichkeiten, die Urkraft und die Bildsamkeit unsrer Sprache im glänzendsten Lichte erscheinen lassen. Jedes Fremdwort hat so gut seine Geschichte wie das Erbwort. Die äußeren und die inneren Bedingungen seiner Aufnahme, sein Ringen mit dem einheimischen Sprachgut, in das es sich einordnen muß, der Widerstand, auf den es stößt und vor dem es oft zurückweicht, das alles tritt fast immer deutlich zutage, und schließlich endet die Geschichte der meisten Fremdwörter mit einem Sieg des Einheimischen über das Fremde. Anfangs wird vielleicht ein Eindringling, den mobile Liebhaberereien empfehlen, eine Weile gern gesehen, dann auch noch eine Weile geduldet, aber schließlich wird er wieder verdrängt, und man hat ihm abgelernt, was von ihm zu lernen war.

Die Geschichte jedes einzelnen Fremdworts ist zugleich ein Teil der Geschichte eines einheimischen Worts. Wer das Leben der einheimischen Worte verfolgt, wird immer und immer wieder auf die Fremdwörter hingeführt. Zahllose Fremdwörter werden durch einheimische abgelöst, das einheimische ist meist das spätere, das Fremdwort das frühere. Korrespondenz ist der Vorläufer von Briefwechsel, auf point de vue ist Gesichtspunkt gefolgt, Ehrenpunkt ist länger als point d'honneur, für Offensiv- und Defensivbündnis ist Schutz- und Trugbündnis eingetreten; was im Anfang des 19. Jahrhunderts Tripelalliance war, heißt jetzt Dreibund. Oft verdanken wir einem einzelnen Fremdwort mehrfache deutsche Wortgebilde. Wer z. B. die Geschichte von lat. Saeculum auf deutschem Boden schreiben würde, das im 16. und 17. Jahrhundert gänzlich bei uns eingebürgert war, verstände zugleich die Geschichte unsrer Worte Jahrhundert, Jahrtausend und Jahrzehnt. Wir können beobachten, wie die Schriftsteller des 17. Jahrhunderts tastend nach einer Verdeutschung des Fremdworts streben; aber die deutschen Umschreibungen jener Zeit waren nicht so kurz und schlagfertig, daß man gern auf das bequemere lateinische Wort verzichtet hätte. Da arbeitet sich um 1700 das Wort Jahrhundert allmählich durch, aber Saeculum bleibt einwurzeln noch beliebt: um 1750 wird Jahrhundert vor Saeculum bevorzugt, und nun folgt auf Jahrhundert bald das nachgebildete Jahrtausend und um 1800 auch Jahrzehnt für Decennium. So verdanken wir dem fremden Saeculum, insofern es eine Zeitlang fast Bürgerrecht bei uns hatte, jene drei so bequemen und glücklichen Wortgebilde.

Es verlohnt sich wohl diesen Gesichtspunkt so stark zu betonen, weil auch verständige und sprachkundige Gegner der Fremdwörter in ihrem Streben nach Sprachreinheit oft gegen jenes Geleise verstoßen. Wenn unsere Fremdwörterbücher, die der Sprachreinigung dienen, unseren Worte wie Böbel, Titel, Sorte, Klasse, Mode, Miene, Gruppe, Grotte in Acht und Bann tun, so glaube ich, daß Bemühungen dieser Art keinen Erfolg versprechen. Unsere Sprache beruhigt sich bei solchen Fremdwörtern; sie erleidet keinen Schaden durch so harmlose Gebilde. Und wo die Aussicht auf Erfolg so gering ist, wird einer guten Sache mehr gedient, wenn man die in Frage kommenden Tatsachen ohne Voreingenommenheit ansieht.

Diese beiden Tatsachen aber scheinen mir durch unsere Sprachgeschichte zur Gewissheit erhoben zu werden: Fremdwörter, die dem deutschen Sprachcharakter widerstreben, sind kurzlebig und verfallen der Wortübersehung — Fremdwörter, die sich in den deutschen Sprachbau einfügen, sind unauferrobar.

Etwas anders ist Sprachreinheit, etwas anders Sprachreinigung, und das naive Sprachgefühl, der unmittelbare Drang für Reinheit äußert sich anders als die bewußte Absichtlichkeit der Sprachreinigung. Dem Dichter liefert die Sprache selbst die neuen Formeln, er findet sie, und der Sprachreiner sucht sie. Das Recht, die Sprache bereichern zu wollen, hat der eine wie der andre.

Wenn wir eine wesentliche Aufgabe großer Sprachgesellschaften darin sehen, daß sie das Gefühl für Sprachreinheit allgemein wecken und machthalten wollen, so kann nicht geleugnet werden, daß unsere Zeit wie die ganze Neuzeit an modischen Verirrungen und Vorlieben gerade in Sachen der Fremdwörter krankt. Was vor 60 Jahren Wilhelm Grimm einmal sagte, gilt auch noch heute: „Alle Tore sperret man auf, um die ausländischen Geschöpfe herdenweise einzutreiben. Die Verhältnisse sollen nicht zart, sie müssen delikate sein; wir werden nicht davon bewegt, sondern wir werden affiziert; das Leben verumpft nicht, es stagniert. Ungleichartig versteht niemand, aber gewiß heterogen; das Jahrzehnt nimmt an Gewicht zu, wenn es Dezennium heißt. Das alles ist auf wenigen Blättern eines Buches zu finden, und immer bot die Muttersprache das natürlichste, eindringlichste Wort“ (Kleine Schriften I 519). Ist es nicht tröstlich, wenn diese Worte Wilhelm Grimms heute noch Geltung beanspruchen? Ist alles Anstämpfen gegen solche Ausländeret vergebens? Und welches wird die Zukunft unsrer Sprache sein?

Die Fährlichkeiten, die der 30jährige Krieg über unsre Sprache gebracht, hat unser Volk und seine Literatur langsam, aber glücklich überstanden; Schillers und Goethes Meisterwerke zeigen keine Spuren der widerlichen Krankheit, die in der Zeit des 30jährigen Krieges begonnen hat. Sind solche Wunden vernarbt, dann braucht das Geschlecht von heute nicht zu verzagen, das in dem großen Erbe unsrer Klassiker auch ein sprachliches Bildungsmittel von gewaltigem Wert besitzt. Aus der ewigen Jugendfrische ihrer Werke muß und wird unsre Sprache ihre Gesundheit immer von neuem schöpfen, und die Quelle, in der unsre Klassiker sprachlich ihre Kraft und Nahrung gefunden, verzieht auch in Zukunft nicht: das ist die Sprache selbst und der gesunde Sinn des Volkes.

Was die Sprachgeschichte uns lehrt, ist die gewisse Zuversicht, daß die Ausschüden der Fremdwörter nicht so ängstlich sind, wie es im Streit der Reinungen wohl dargestellt wird. Wir dürfen getrost die Hoffnung hegen, daß die Lobredner der Fremdwörter von der Zukunft eines Besseren belehrt und verstummen werden. Fremdwörter haben nur unter fest bestimmten Gesetzen ein lauges Leben. Sie sind sie kurzlebig, als wenn sie trotz unheimlichem Gepränge der Mode eines Zeitalters ihren Einzug verdanken. Die Masse jener Fremdwörter, die sich im Deutsch des 17. Jahrhunderts so wohl gefallten, hat die Blütezeit unserer Literatur nicht erlebt. Und im Zeitalter Goethes und Campes treffen wir Fremdwörter, die sich nicht einmal 50 Jahre lang bei uns zu halten vermocht haben. Die Sprache stößt das Fremdartige wieder ab, und die Freunde der Sprachreinigung haben an der Sprache selbst den mächtigsten Bundesgenossen. Durch glückliche Bedingungen vor jener Zerstörung behütet, die dem Englischen fast bis zur Verleugnung seiner angebornen Sprachart widerfahren, hat sich unsre Muttersprache niemals ihrer selbständigen Erbeigentümlichkeiten entäußert. Unser Sprachgefühl ist zu allen Zeiten so sehr deutsch gewesen, daß die zeitweise Mode es nicht hat zerstören können; die angestammten Grundfarben und Töne haben sich nie so grell und abstoßend geändert, wie es mit dem Englischen der Fall gewesen ist.

* Aus dem jetzt in zweiter Auflage vorliegenden, sehr empfehlenswerten Büchlein: „Unsere Deutsche von Fritz Kluge, das seinerzeit die bei Quelle u. Meyer in Leipzig erscheinende Sammlung Wissenschaft und Bildung verheißungsvoll eröffnete. (Preis gebunden 1,25 Mk.)“

Unser angeborenes Sprachgefühl äußert sein Widerstreben gegen Fremdes und Fremdartiges so unabweisend, daß man immer darin — und mit Recht — einen weitestlichen Grund gegen das Fremdwort gesehen hat. Ich denke an die volksetymologische Umgestaltung und verdeutlichende Umbildung von Fremdwörtern. In einigen Fällen, die man gern hier anführt, glaube ich aber die ersten Regungen des Einheimischen zu fühlen und die Entstehung des Einheimischen zu beobachten. Wir sagen: „das Agens seines Lebens war sein Ehrgeiz“, wir hören dann: „das treibende Agens war sein Ehrgeiz“, und schließlich heißt es allgemein: „das Treibende war sein Ehrgeiz“. Auf Examen folgt naturgemäß Examenprüfung und seit 1700 kommt dann Prüfung allein auf und gewinnt noch heute vor unseiner Augen Breite und Umfang. Wenn wir vom treibenden Agens, von Examenprüfungen hören oder lesen, so dürfen wir wohl zuversichtlich hoffen, daß die Todesstunde des Fremdwortes nicht fern ist. Man beurteilt solche Fälle zu einseitig, wenn man darin Halbgebildung, unfreiwillige Komik und Geschmacklosigkeit erkennt. Die reitende Kavallerie, die Examenprüfung, der Queuillakrieg und alle jene Beispiele, mit denen man so gern das Fremde als überflüssig und häßlich brandmarkt — man muß sie auch ernst nehmen als echte und wahre Regungen unseres Sprachgefühls, das Fremde allmählich ganz abzuhäuten.

Beweist die deutsche Sprachgeschichte, daß die überwiegende Masse der mobilsten Fremdwörter einheimischen Wortgebilden von selbst weichen muß, so bleibt noch zu ermitteln, was denn von fremdem Sprachgut lebensfähig auf deutschem Boden ist. Die Antwort darauf liegt in unserer bisherigen Verrachtung. Was unserm Sprachgefühl widerstrebt, verfällt dem puristischen Zug der Sprache — was mit unserm Sprachgefühl sich verträgt, kann sich halten und dauernd einbürgern. Wer glaubt, daß jedes französische, jedes lateinische Wort entlehntbar und daß die Aufnahme von Fremdwörtern an keine Regel gebunden ist, der hat sich nicht ernstlich in den Entwicklungsgang unserer Sprache vertieft.

Je näher sich die Sprachstufen zweier Völker stehen, um so leichter beeinflussen sie sich gegenseitig. Die römische Kaiserzeit hat uns eine Fülle von lateinischen Worten geschenkt, die dauernd geblieben sind. Aber jedes dieser Worte hat in der übernommenen Form gleich bei der Entlehnung ein gutes deutsches Aussehen gehabt. Lateinische Worte, die wir entlehnt haben, wie corbis Korb, vinum Wein, mulus Maultier, discus Tisch, haben um Christi Geburt herum auf deutschem Boden Aufnahme finden können, weil unsere Worte damals genau die gleichen Endungen haben konnten, die in der lateinischen Vulgärsprache galten. Im Gegensatz hierzu beachte man, daß mehrsilbige Zusammenfügungen wie computat, concientia seit alter Zeit durch die Wortübersetzungen Gebatter, Gewiffen bei uns ersetzt sind; wir haben in Deutschland nie einen Versuch gemacht, solche lateinische Worte selbst zu übernehmen. Also nur die nahe Verführung der Sprachstufen und Sprachformen hat dem Einfluß des Lateins in altdeutscher Zeit Vorwand geleistet, ähnlich wie die Gleichartigkeit der Sprachen es bedingt hat, wenn das Latein so reichlich vom Griechischen übernehmen konnte. Wir dürfen für uns auch an das Englische erinnern. Es scheint mir ungerecht, wenn man englische Fremdwörter in Deutschen milder als etwa französische beurteilt. Weil die Engländer uns nahe verwandt sind. Im modernen Kulturleben, wo die Politik so oft über unsere Neigungen und Abneigungen entscheidet, wird man die Kulturzusammenhänge doch wohl höher anschlagen als eine uralte Verwandtschaft. Ich würde deshalb wohl dem Einfluß des Französischen eher als einem solchen des Englischen von vornherein Berechtigung anerkennen. Aber wenn man die Gleichförmigkeit der Sprachstufen zwischen Deutsch und Englisch erwägt, wird es begreiflich, daß so manche bequeme Fremdwörter aus dem Englischen Bürgerrechte bei uns sich erhalten. Part, Sport, Klub, Frack, Rum und manches andere englische Wort könnte ebenjotig für ein echt deutsches Wort ausgegeben werden. Ich erinnere noch daran, daß wir um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts dem Altdeutschen einiges entlehnen konnten: Worte wie Minne, Rechte, Brünne oder Ger und Gau, Fehde und das Eigenschaftswort hehr haben bei uns so leicht Aufnahme gefunden, weil ihr Bau und Aussehen gut neudeutsch ist.

Hierzu ist es im allgemeinen verständlich, warum der französische Einfluß so auffällig und so grell zutage tritt, und warum wir uns seiner erwehren, warum unser Sprachgefühl sich dagegen sträubt. Der französische Einfluß würde die Farben und Töne, würde das Gesamtbild unserer Sprache ändern, wie das Englische in der Tat durchaus zur Mischsprache geworden ist. Das Englische hat keinen Grundton mehr, das Deutsche dagegen bewahrt ihn seit alter Zeit.

Zwar auch bei der Übernahme von Fremdwörtern aus Sprachen, deren Bildungsstufe unserm Sprachcharakter nahe liegt, bedarf es nicht selten kleiner Lautwandlungen, damit diese in unser Sprachgut eingefügt werden können; ein wenig Anpassung an den deutschen Sprachbau gibt solchen Fremdwörtern gleichsam das Bürgerrecht. Aber wie wenig des französischen Lehnamaterials gewinnt so leicht deutsches Aussehen! Es kann kein undeutsches Wesen selten abstreifen und wird seine Heimatfarbe immer verraten. Was immer unser Sprachgefühl mit Worten wie Bureau, Regiment, Galerie vornehmen mag, sie bekommen kein Heimatrecht. Aber französische Worte wie Koffer, Kasse, Kest, Mode, Miene, Möbel werden sich trotz ihrer französischen Ursprünge durch keine noch so kräftigen Bemühungen aus unserer Sprache entfernen lassen, weil sie leicht und von selbst in unseren Sprachbau hineingepaßt.

Aus Nah und Fern.

Die sechs Vergleiche gerettet. Sonnabend, kurz vor 2 Uhr, sind auf der See „Holland“ bei Gelsenkirchen die verschütteten sechs Vergleiche glücklich gerettet worden. Die Geretteten befanden sich sämtlich den Umständen nach wohl, sie kamen sofort in ärztliche Behandlung und wurden dann einweilen nach dem Knappschloßkrankenhaus in Lestendorf geschickt. Die Rettung der Verschütteten, die 90 Stunden eingeschlossen waren, wurde von den Angehörigen und einer großen Menschenmenge, die die Umgebung des Schiffsplatzes besetzt hielt, mit großem Jubel aufgenommen. Einer von den Vergleichen hat einen Armbruch erlitten. — Aus Gelsenkirchen wird weiter gemeldet: Nach 8 1/2 stündiger Gefangenenschaft erfolgte heute mittag die so lang ersehnte und so oft vergeblich erhoffte Vergütung der Verschütteten auf Schacht 55 der See „Holland“ bei Lettze. Bald nach 1 Uhr trafen die sechs Vergleiche zum Anflug des schiffs Transports. Auf dem Rand des Käfels fanden drei Rettungsleiter, im Käfel selbst sah in wolkige Fäden eingehüllt, die Augen zur Abhaltung des grellen Tageslichts mit einem Tuch verhängt, einer der Geretteten. Es war der Vergleichen Goggenbach aus Lettze. Wenige Minuten nach dem ersten Transport folgte der zweite. Diesmal gleich mit Geretteten: Schupp aus Aray und Kaufmann aus Gelsenkirchen. Der dritte, der dem Käfel entstieg, brachte dem Schiffe frohlich entgegen. Kaufmann verhandelte die Vergütung und ging nach dem Schiffe zurück. Der letzte Käfel, der bald nach 1 1/2

Nur den Schachttrand erreichte, führte den Drittelstörer Klefner und seine Kameraden Bagel und Dolata zutage. Das auf der Steinhalbe zahlreich an gesammelte Publikum brach, als es sah, daß das Rettungswerk glücklich gelungen war, in begeisterte Hoch- und Hurraufe auf Retter und Gerettete aus. Klefner, Bagel und Dolata gingen ebenfalls zu Fuß. Im Maschinenhause untersuchte Dr. Broer die Geretteten, die sämtlich erklärten, sich wohl zu fühlen. Man reichte ihnen sodann Erfrischungen und brachte sie ins Ueckerdorfer Anstaltskrankenhaus. Einer der Geretteten, der Führer Klefner, erzählte, daß gegen 11 Uhr abends ganz unerwartet das Gefälle über sie hereingebrochen sei. Er und seine Kameraden hätten eben noch Zeit gehabt, sich an die Mauer zu klammern, die bis zu einer Höhe von 150 Meter von ihnen errichtet worden wäre. Das Gefälle, über dem sich die Steinhalben lagerten, habe sie vor dem sicheren Tode gerettet. Im Glück hörten sie bald, daß die Rettungsmannschaften sich eingeschunden hätten. Sie wären die ganze Zeit über in der Lage gewesen, die Retter zu verstoßen. Zu klopfen hätten sie allerdings nicht gewagt, um nicht die Einsturzgefahr zu vergrößern. Während der ganzen Zeit seien sie im Dunkel gewesen, da die Lampen zertrümmert worden seien. Auch an Nahrungsmitteln habe es ihnen gefehlt, da das Unglück eire Stunde vor Einbruch der Nacht eingetreten sei. Geschlafen habe fast niemand während der ganzen Zeit.

Die nachsichtige Staatsgewalt. In Bonn, der Prinzenuniversität, ist wieder ein Korps, die „Palatia“ auf zwei Semester suspendiert worden. Die Herren „Sänglinge der Wissenschaft“ hatten einen „Bierbock“ in Köln gedarf veranstaltet. Nach Beendigung der Kneipe beging sie auf der Dampfstraßenbahn grobe Ausschreitungen; so zertrümmerten sie sämtliche Fensterscheiben. Wie die weitere Unteruchung ergeben hat, ist nur durch die Umsicht des Zugpersonals ein Unglück vermieden worden. Das Strafgesetz legt auf die Gefährdung eines Eisenbahntransportes sehr hohe Strafen. Umso bemerkenswerter ist die Milde der Behörde. Hier ist es nicht mit dem Vorgehen des Universitätsrichters getan, hier hätte der Staatsanwalt zuzugreifen. Wir wissen nicht, ob man Arbeitern gegenüber im gleichen Falle auch mit solcher Milde verfahren wäre.

Der Landrat als Kriegervereinsagitor. Der Landrat des Kreises Duedlinburg, von Jacobi, hat an eine Reihe von Kreisbewohnern folgende Zuschrift verfertigt: „Nach einer mir zugegangenen Mitteilung sind Sie noch nicht Mitglied des dortigen Kriegervereins. Da es mir erwünscht erscheint, daß alle gedienten Soldaten in diese in erster Linie für sie in Frage kommenden Vereine eintreten und der in ihnen gewählten Wohlthaten teilhaftig werden, bitte ich Sie hiermit, Ihren Beitritt zu dem dortigen Kriegerverein bei dem Herrn Vorsitzenden deselben erklären zu wollen.“

Wenn der Landrat sich als Privatmann für die Kriegervereine interessiert und für sie agitiert, so ist das kein gutes Recht. Das erwähnte Schreiben gibt sich aber als ein ganz offizielles Dienstschreiben, auf dessen Umschlag selbst der Stempel des Landrats nicht fehlt. Ja, noch mehr! Um seine private Korrespondenz recht billig erledigen zu können, verzieht der Landrat diese Briefe mit dem weiteren Stempel:

Frei lt. Avers Nr. 21.
Kgl. Pr. Landrat.

Solchermaßen gekennzeichnete Briefe werden nämlich als amtliche Schreiben von der Post portofrei befördert. Ob der Herr Landrat v. Jacobi garnicht weiß, daß er mit seinen Kriegervereinsagitationsbriefen seine amtlichen Pflichten recht erheblich verletzt hat?

Tätliche Beledigung. Der frühere verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ Adolf Nottebohm wurde bekanntlich vor einiger Zeit unter dem Verdacht verhaftet, ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Später stellte es sich heraus, daß der Verdacht falsch war. Es erfolgte deshalb die Aufhebung des Haftbefehls. Sonnabend ist Nottebohm wegen tätlicher Beledigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Grubenunglück bei Schliersee. Nach einer Meldung aus Miesbach (Oberbayern) ist in der Nacht zum Freitag in dem Kohlenbergwerk Hauscham eine 550 Meter lange Strette eingestürzt. Freitag früh konnte die Belegschaft nicht einfahren. Wie der Miesbacher Anzeiger meldet, wurden zwei Bergleute vermisst. Der Einsturz des Schachtes ist durch ein Erdbeben, das die ganze Umgebung bis nach Miesbach und Schliersee hin eritreckte, verursacht worden. Nach einer neueren telegraphischen Meldung aus Miesbach gelang es dem verschütteten Bergmann Paager nachts, sich selbst aus den Schuttmassen zu retten und durch einen anderen Schacht über Tag zu kommen. Der verunglückte Bergmann Stabel dürfte kaum noch am Leben sein. Die Aufräumungsarbeiten haben begonnen. Sonnabend früh wurde mit Stabel, der nicht verlegt ist, eine Verbindung hergestellt. Man konnte ihm Speisen und Getränke zureichen und hoffte, ihn Sonntag zu befreien. — Nachdem man sich Sonnabend nachmittag mit dem zweiten bei dem Schacht einsetz auf dem Kohlenbergwerk Hauscham Verschütteten, dem Bergmann Stadler, hatte in Verbindung setzen können, ist Sonntag vormittag gegen 8 Uhr seine Befreiung gelungen. Stadler ist, abgesehen von leichten Verletzungen, bei guter Gesundheit.

Zweimal zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Zweibrücken verurteilte, der „Wälzischen Presse“ zufolge, den 26jährigen Fabrikarbeiter Schindwein aus Belsheim, der die 24jährige Anna Schiefer und deren Stiefmutter zu Ludwigshafen ermordet hat, nach zweiseitiger Verhandlung zweimal zum Tode.

Arbeit für den Denker. Das Petersburger Kriegsgericht hat Sonnabend abend Wostreffenski, alias Petroff, der für schuldig befunden wurde, den Chef der politischen Polizei, Obersten Karpom, ermordet zu haben, zum Tode durch den Strang verurteilt.

Die Überschwemmungen in Frankreich. Die Meldungen, die aus Frankreich infolge des durch andauernde Regengüsse verursachten Hochwassers kommen, lauten immer tröstlicher. Aus Paris wird berichtet: Von allen Seiten werden noch immer Überschwemmungen gemeldet. In Tonnerre fährt der Fluß Tierischen und Adelsbrück mit sich und der Verkehr muß in einem Teil der Stadt mit Rähnen aufrecht erhalten werden. Im Arrondissement Auxerre sind hunderte von Häusern eingestürzt. Die Rettungsarbeiten gestalten sich schwierig. Aus Troyes, Rheims, Chateau sur Marne, Lyon, Vole, Bourges, Chameroy und Dijon wird gemeldet, daß die Flüsse über ihre Ufer getreten, die Eisenbahnlinien teilweise zerstört, mehrere Züge entgleist und telegraphische und telefonische Verbindungen unterbrochen sind. Ein weiteres Telegramm aus Fontainebleau besagt: In dem zur Gemeinde Chateau Landon gehörigen Weiler Coroy, der auf Krebdenboden steht, sind infolge eines durch die Überschwemmung hervorgerufenen Bodenbruchs unterirdische Höhlungen eingesunken, wodurch mehrere Häuser zusammenstürzten. Zahlreiche Personen wurden mit in den Ab-

grund gerissen. Fünf Leichen sind bereits geborgen und zehn Schwerverletzte ins Krankenhaus geschafft worden. Man befürchtet noch weitere Verunglückungen. Außerdem liegen noch folgende Meldungen vor: Paris, 22. Januar. Im Laufe des abstrigen Abends überflutete das Hochwasser der Seine die im Bau begriffene Strecke Place de la Concorde—Trinité der Untergrundbahn. Der angeordnete Schaden ist so groß, daß die Wiederherstellungsarbeiten mehrere Monate dauern werden. Paris, 22. Januar. Wie aus Troyes gemeldet wird, ist die über den Aubeßuß führende Brücke an der Eisenbahnlinie Paris—Velfort gestern abend eine halbe Stunde vor Ankunft des Pariser Schnellzuges vom Hochwasser weggerissen worden. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Paris, 22. Januar, 9 1/2 Uhr abends. Die Seine ist noch immer im Steigen begriffen. Die Uferanlagen sind zum Teil überflutet. Aus den Gebieten der Rhone, der Loire, der Marne, der Aube und der Maas kommen immer neue Meldungen über Hochwasserschäden. Die Straßen vieler Städte stehen unter Wasser, zahlreiche Fabriken sind überflutet. Die Bewohner erhalten den Verkehr mit Booten notdürftig aufrecht. Mehrere Eisenbahnlinien sind unterbrochen.

Der Eiffelturm gefährdet. Sonnabend vormittag wurde der Zugang zum Eiffelturm in Paris für das Publikum gesperrt, da sich eine starke Bodenlentung in der Nähe der Fundamente bemerkbar gemacht hat. Die Behörden sind sofort in Kenntnis gesetzt worden. Eine Kommission untersuchte, ob die Gefahr eines eventuellen Einsturzes vorhanden sei. Die Situation ist nicht ungefährlich. Zum Schutze des Eiffelturms wurden vierzig Schutzeute zur besonderen Ausbildung rings um den Turm aufgestellt. Es wird vorausgesehen, daß der Maschinenraum unterhalb der Fundamente überflutet ist, doch wird vor offizieller Seite eine direkte Gefahr für die Stabilität des Turmes in Abrede gestellt.

Schwerer Unglücksfall. Bei dem Einsturz eines Neubaus in Charlevoix wurden fünf Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt.

Vermißt. Aus Bern wird gemeldet: Von drei Touristen, die am vergangenen Sonntag von Linthal aus eine Tour über den Claridenstein ins Maderaner Tal unternahmen, werden zwei vermisst, während der dritte noch an demselben Tage umgekehrt ist und am Montag in Zürich eintraf. Der eine der Vermißten ist der Ingenieur Walter Spöhr, Leipzig, der Name des anderen ist noch unbekannt. Von Linthal ist eine Hilfskolonne abgegangen.

Ein Herzog als Wechselfälcher. In Rom spricht man seit einiger Zeit von großen Wechselfälchungen des florentinischen Herzogs Francesco von Campobello, eines Neffen des früheren Kardinal-Staatssekretärs Rampolla. Der Herzog ist 84 Jahre alt und ein Sohn der Schwester des Kardinals, die mit dem neapolitanischen Fürsten Buonaforno verheiratet ist. Der Herzog hatte, nachdem seine Ehe mit einer Verwandten des Kardinals getrennt worden war, sein Vermögen in der Lebewelt durchgebracht. Mit dem Geld, das er sich durch die Wechselfälchungen verschafft hat, ist er mit einer Sängerin im Automobil durchgebrannt. Da Arbeit einen Herzog schändet, so wandte er sich der standesgemäßen Beschäftigung der Wechselfälchung zu.

Abdul Samid als Brandstifter? Die Nachforschungen der Untersuchungskommission über die Ursache des Brandes des Parlamentsgebäudes haben ergeben, daß Brandstiftung vorliegt. Abdul Samid soll selbst den Brand angezettelt haben. Die Kommission will hierfür genügend Beweise in Händen haben. Von dem Personal des Palastes sind über hundert Personen, die nur an die eigene Rettung dachten, verhaftet worden. Ahmed Rifa ist infolge der Aufregung bettlägerig geworden und äußerte Demissionsgedanken. Die Regierung soll sich Montag der Kammer vorstellen, die noch immer auf der Suche nach einem geeigneten Lokal ist, da die Klubräume selbst für das kürzeste Provisorium zu eng sind. In der letzten Sitzung der Kammer im Deputiertenklub wurde die Absendung eines Danktelegramms auf die vom Deutschen Reichstage eingegangene Weiletsdepesche beschlossen.

Fünfzehn Arbeiter getötet! Bei Fiechtill Landung im Staate Newyork wurden infolge der vorzeitigen Explosion von Dynamit in einem Tunnel, der einen Teil der für Newyork bestimmten Wasserleitung bildet, fünfzehn Arbeiter getötet. Die Leichen wurden viermal zermalmt unter den Trümmern der auseinandergeprengten Felsenmasse gefunden. Man nimmt an, daß ein Arbeiter mit brennender Fackel gestrauchelt und niedergestürzt ist, wodurch die Explosion hervorgerufen worden ist.

Großes Eisenbahnunglück in Kanada. In der Nähe von North Bay (Ontario) entgleiten am 21. Januar vier Wagen eines Personenzuges der Canadian Pacificbahn und stürzten in den Spanischen Fluß. Die Zahl der umgekommenen Passagiere wird auf 48, die der Schwerverletzten auf 92 angegeben. Am Mitternacht wurde gemeldet, daß der verunglückte Zug auf einer Weichung in der Nähe von Webbwood, 87 Meilen westlich von Subburg (Ontario), am Nachmittag von der Katastrophe betroffen wurde. Ein Wagen ist gänzlich, ein zweiter teilweise in den Spanischen Fluß versunken. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken zwischen zehn und vierzig. Es werden immer neue Namen von Vermundeten bekannt. Eine weitere Meldung besagt, daß ein Wagen in Flammen aufgegangen ist, wobei eine Anzahl Personen verbrannten. Sonderzüge mit Ärzten und Krankenpflegerinnen sind von verschiedenen Orten nach der Unglücksstelle abgegangen.

Die explodierte Ente. Eine Schauermär weiß der „Gaulois“ aus Jarna, natürlich in den Vereinigten Staaten, zu berichten. Dort war auf einer landwirtschaftlichen Ausstellung ein Prachtexemplar von Ente mit dem ersten Preis gekrönt worden. Bößlich konnten die Bewunderer der Ente bemerken, wie sie an Umfang zunahm, dicker und dicker wurde, als ob sie es dem weiland Froch nachmachen wollte; der sich bis zur Größe eines Ochsen aufblähen wollte. Schließlich erfolgte eine Katastrophe: sie explodierte! Die „Splitter“ flogen nach allen vier Windrichtungen durch die Luft, und einer traf den vollen Anst herbeigeisterten Besitzer der Ente mit solcher Wucht ins Gesicht, daß er dabei das Augenlicht einbüßte! Die Erklärung für den merkwürdigen Vorfall, der ein wenig an eine Wartungserzählung (die vom geplagten Chamäleon) erinnert, ist durchaus natürlich: irgendein böswilliger Neider hatte der Ente ein großes Stück Hefe zu fressen gegeben. Das ist doch eine Ente, wie sie im — Wuche steht.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Ludwig.
Verleger: J. H. Schwan, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.